

EINE WELT



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

NR. 2 / JUNI 2021

Das DEZA-Magazin
für Entwicklung und
Zusammenarbeit

www.eine-welt.ch

10 JAHRE SYRIENKRIEG

Humanitäre Krise ohne Ende

SCHRUMPFENDE BEVÖLKERUNG

Moldawien leidet unter Abwanderung

STAATLICHE RETTUNGSPAKETE

Wie nachhaltig sind die Covid-19-Stimuluspakete?

DOSSIER SYRIENKRIEG



8 Krise ohne Ende

Zehn Jahre nach Beginn des Syrienkonflikts ist die humanitäre Lage im Land schlimmer denn je

10 Engagement für die ganze Region

Die Syrienkrise ist zum grössten humanitären Engagement in der Geschichte der Schweiz geworden

15 «Die internationale Reaktion wird dem Ausmass der Katastrophe nicht gerecht»

Mark Cutts, Koordinator für die humanitäre Hilfe der UNO, im Interview

17 Schweizer Beitrag zum UNO-Friedensprozess

Neben ihrem humanitären Engagement setzt die Schweiz in Syrien auch auf friedenspolitische Instrumente

19 Facts & Figures

Sie finden uns auch im Internet:

www.eine-welt.ch
www.un-seul-monde.ch
www.un-solo-mondo.ch
www.one-world-magazine.ch

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen. Deshalb geben nicht alle Beiträge notwendigerweise den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.

HORIZONTE MOLDAWIEN



20 Abwanderung bringt Gesundheitssystem ins Wanken

Viele Junge verlassen das Land wegen geringer Erwerbsmöglichkeiten

24 Aus dem Alltag von... Radu Daniil, Programmverantwortlicher Lokale Gouvernanz im Kooperationsbüro

25 Bill Gates gibt es tatsächlich. Er lebt in einer Kleinstadt in Moldawien. Gheorghe Erizanu über seine Cousine in Nordmoldawien

DEZA



26 Mit sozialer Absicherung gegen die Negativspirale

In Haiti unterstützt die Schweiz besonders verletzte Haushalte direkt

29 Perus blaues Gold im Stress Ein nachhaltiges Wassermanagement soll helfen, den Wasserstress abzubauen

31 Kreativ zu einer nachhaltigen Entwicklung Höhere Einkommen und weniger Armut für Bauernfamilien im Südkaukasus

33

Langfristige Perspektiven dank Partnerschaft auf Augenhöhe
Bundesrat Ignazio Cassis über die Realisierung einer kohärenten Aussenpolitik

FORUM



34 Staatliche Rettungspakete: Zu wenig Fokus auf Nachhaltigkeit?

Die wenigsten Covid-19-Stimuluspakete sind im Einklang mit den UN-Nachhaltigkeitszielen und dem Klimavertrag von Paris

37

«Ich verwandelte das Pech in eine Chance, frei zu sein.»

Carte blanche: Die Kambodschanerin Bopha Phorn über ihre Heirat und den Druck auf Frauen, sich den gesellschaftlichen Normen anzupassen

KULTUR



38 Mit Pop-Art gegen den Covid-19-Blues

In der usbekischen Hauptstadt Taschkent kämpft eine Galerie mit kreativen Mitteln dafür, dass freie Kunstschaffende weiterarbeiten können

- 3 Editorial
- 4 Periskop
- 41 Service
- 43 Fernsucht mit KT Gorique
- 43 Impressum

ZEHN JAHRE FINSTERNIS



© DEZA

Die syrische Geschichte ist turbulent, und das betrifft nicht nur die letzte Dekade. 1961, just als die DEZA vor 60 Jahren ins Leben gerufen wurde, putschten sich syrische Offiziere an die Macht. Das war das Ende der drei Jahre zuvor ins Leben gerufenen Vereinigten Arabischen Republik, aber nicht das Ende der Unruhen.

Dass Syrien 2021, zehn Jahre nach Beginn der Proteste in der arabischen Welt, aus einem Scherbenhaufen bestehen würde, hätte niemand gedacht. Dunkelheit ist nicht nur der Mangel an Licht und Perspektive. Dunkelheit in einem Krieg wie demjenigen, der sich in Syrien abspielt, bedeutet unsägliches Leid, Verlust und Schmerz vor allem in der Zivilbevölkerung. Millionen von Menschen auf der Flucht, Existenzen zerstört und verdammt zu einem perspektivlosen Dasein in einem Flüchtlingslager in Libanon, in Jordanien oder der Türkei. Einst reisten Studentinnen und Studenten aus aller Welt nach Damaskus, um die arabische Sprache zu erlernen, die reiche Kultur zu bestaunen und sich am Land zu erfreuen. Touristinnen und Touristen gibt es in Syrien schon lange keine mehr, ausländische Kämpfer (Foreign Fighters) haben sie abgelöst. Die erbitterten Kämpfe lassen immer aufs Neue Dramen entstehen, von denen viele Waisenkinder in trostlosen Binnenflüchtlingslagern erzählen können. Die Frage stellt sich: Wann wird es endlich besser?

Ein weiterer der vielen «neuen» Konflikte tobt bereits seit zehn Jahren. Die Zahlen sprechen Bände. Letztes Jahr, so schätzte die Weltbank, waren zwei Drittel der 18 Millionen Syrerinnen und Syrer auf humanitäre Hilfe angewiesen. Ein Drittel der syrischen Bevölkerung besteht aus Flüchtlingen im eigenen Land – über sechs Millionen Menschen. 5,5 Millionen sind in die Nachbarländer geflohen – eine enorme Belastung für die Ressourcen und die Stabilität der grosszügigen Nachbarn.

Was können Entwicklungsagenturen bewirken, dort wo sich Weltmächte streiten, und was tut die Schweiz? Dilemmas gibt es viele, denn da, wo Hilfe am Nötigsten ist, kommt sie nicht immer an. Dort, wo das humanitäre Völkerrecht Menschen schützen sollte, wird es oft mit Füßen getreten. Auch längerfristige Projekte, die zum Ziel haben, die zerstörte Infrastruktur wiederaufzubauen, erhalten rasch einen politischen Charakter.

Die Schweiz hat sich seit 2011 auf vielen Gebieten engagiert: finanziell mit über 520 Millionen Franken, mit Direktaktionen und der Entsendung von Expertinnen und Experten des Schweizerischen Korps für Humanitäre Hilfe (SKH), mit der Unterstützung von Partnerorganisationen, welche aktiv in der Region tätig sind. Es ist die grösste humanitäre Aktion unseres Landes, die es je gab. Auch auf dem diplomatischen und multilateralen Parkett bringt die Schweiz das Leiden in Syrien immer wieder auf die Traktandenliste.

Es braucht jedoch mehr, viel mehr, damit sich das Land erholen und sich alle seine Bewohnerinnen und Bewohner wieder in Sicherheit fühlen können. Wir geben weder auf, noch schauen wir weg, denn das käme einem Verrat an all jenen Menschen gleich, die Hoffnung in die internationale Staatengemeinschaft setzen – Hoffnung, dass der Druck hochgehalten wird, damit Licht die Finsternis vertreibt und nach dem Arabischen Frühling, dem ein endlos langer Winter folgte, eines Tages der Sommer in Syrien Einzug halten kann.

Patricia Danzi
Direktorin der DEZA



CORONA FÖRDELT URBANEN LANDBAU

(zs) Die Covid-19-Pandemie verschärft die Armut: In Chiang Mai, einer Stadt im Norden Thailands, sind viele im Tourismus Beschäftigte arbeitslos. Um die Ärmsten zu ernähren, liess der Architekt Supawut Boonmahathanakorn eine ungenutzte Mülldeponie in einen urbanen Bauernhof umgestalten. Mit Einwilligung der Behörden rief man in den sozialen Netzwerken zu Pflanzen-, Saatgut- und Kompostspenden auf. Dann wurden in Handarbeit mehrere tausend Tonnen Abfälle von dem Grundstück (0.48 Hektaren) abgetragen. Das Terrain wurde eingeebnet und eine dicke Nuttschicht Erdreich aufgebaut. Obdachlose Familien sowie Schüler einer öffentlichen Schule bauen nun Auberginen, Mais, Bananen, Maniok, Peperoncini, Tomaten, Kohl und Kräuter an. «Urbane Bauernhöfe können nicht ganze Städte ernähren, aber sie verbessern die Ernährung und tragen zu einer grösseren Selbstversorgung für bedürftige Menschen bei. Sie sind besonders in Krisenzeiten wichtig», unterstreicht Boonmahathanakorn.

DIE GRÖSSTEN RISIKEN

(sch) Der «Global Risks Report 2021» des Weltwirtschaftsforums (WEF) prognostiziert Risiken hinsichtlich zwei Dimensionen: Welche treten am wahrscheinlichsten ein? Und welche haben die verheerendsten Auswirkungen? Dafür hat das WEF 650 Expertinnen und Experten von Banken, Versicherungen, UN-Organisationen und Universitäten befragt. Top-Risiken bezüglich der Auswirkung auf die Weltbevölkerung sind Infektionskrankheiten, Versagen im Kampf gegen die Klimakrise und Massenvernichtungswaffen. Standen Infektionskrankheiten im letztjährigen Bericht noch lediglich an zehnter Stelle, so hat die Covid-19-Pandemie diese zuvorderst auf den Risikoradar katapultiert. Wichtigste kurzfristige Risiken der Pandemie seien die zunehmende Arbeitslosigkeit und fehlende Einkommen. Mit dem Verlust von Leben und Lebensgrundlagen steige auch das Risiko, dass der soziale Zusammenhalt zunehmend erodiere. Zudem wird eine rasant fortschreitende Desillusionierung der Jugend konstatiert, welche das Vertrauen in wirtschaftliche und politische Institutionen zunehmend verliert.

LAIENHYDROLOGEN FÜR BESSERE ERNTEN

(sch) In Rajasthan und Gujarat im Nordwesten Indiens ist das Grundwasser knapp und vielerorts übernutzt. Deshalb werden im Projekt «Marvi», einer Kooperation der Maharana Pratap Universität in Udaipur und der Universität West Sidney, Laienhydrologen ausgebildet, sogenannte Bhujal Jankaar. Bauern mit keiner oder nur geringer Schulbildung lernen in Workshops die Regenmenge zu registrieren und die Grundwasserspiegel in Brunnen zu messen. Die Daten übermitteln sie per Smartphone an die Universität. Von dieser erhalten sie Empfehlungen, welche Pflanzen wann am besten gesät werden, um die kargen Grundwassermengen am effektivsten zu nutzen. Durch besseres Wassermanagement sowie durch Einführung von Tröpfchenbewässerung und Sprinkler wurden bis zu 70 Prozent Wasser eingespart. Dies bei gleichzeitig höheren Ernten. Das Projekt soll nun auf 20 000 Dörfer in sieben Bundesstaaten ausgeweitet werden.

EINFACH ANGEMELDET

(zs) Das Recht auf Identität ist fundamental und sichert den Zugang zu allen anderen Rechten. Doch längst nicht alle Eltern melden ihre Kinder bei der Geburt an: Entweder haben sie keinen Zugang, die Kosten sind zu hoch oder sie wissen es nicht besser. Die rechtlich nicht existierenden Kinder haben dann schlechte gesellschaftliche und ökonomische Aussichten. Die zwei Ingenieure Adama Sadawago aus Burkina Faso und der Franzose Francis Bourriès haben mit iCivil eine innovative Lösung entwickelt: Bei der Geburt versieht die Hebamme das Neugeborene mit einem Armbändchen, auf dem sich ein QR-Code und ein einmaliger, zufälliger Bubble-Code befinden. Beides registriert sie mit einer speziellen Smartphone-App. Die Angaben werden auf den zentralen iCivil-Server übermittelt, wo die Geburtsurkunde automatisch generiert wird. Diese kann bei jedem Zivilstandsamt gegen Vorweisen des Armbändchens bezogen werden. Das schnelle und effiziente System wurde in einem Dutzend Pilot-Geburtsstationen in Ouagadougou getestet und wird nun in ganz Burkina Faso eingeführt. Rund zwanzig Länder haben ihr Interesse an dem System angemeldet.



FERNSICHT mit Adene (Frankreich): Syrienkrise



PATRIARCHAT MACHT KRANK

(sch) Die menschliche Gesundheit wird stark durch soziale und kulturelle Rahmenbedingungen geprägt, dies belegen immer mehr wissenschaftliche Studien. Die Ethnologin Siobhán Mattison und die Epidemiologin Katherine Wander zeigen in einer vergleichenden Studie, dass geschlechtsspezifische Ungleichheit krank macht. Dafür besuchte ein Forschungsteam zwei Bauerngemeinschaften der ethnischen Minderheit Mosuo im Südwesten Chinas. Der wichtigste soziokulturelle Unterschied: Die eine Gruppe ist matrilinear organisiert; das Erbe wird von Müttern auf die Töchter übertragen. Dadurch genießen die Frauen in der Gemeinschaft mehr Autonomie und verfügen über mehr Macht. Die Forscherinnen befragten hunderte von Haushalten beider Gruppen, massen den Blutdruck und nahmen Blutproben zur Laboruntersuchung. Das Ergebnis: Frauen in der matrilinear organisierten Gruppe sind deutlich gesünder als solche in der patrilinear organisierten. Die Forscherinnen erklären den Unterschied vor allem damit, dass die bessere soziale Inklusion und die stärkere Unterstützung im Alltag zu weniger gesundheitsschädlichem Stress führen.

KLIMAKRISE FÜHRT ZU HEIRATSKRISE

(sch) Eine Studie zu Auswirkungen der Klimakrise auf Bauern im südindischen Gliedstaat Andhra Pradesh führte zu einer überraschenden Erkenntnis: Die Bauern finden keine Ehefrauen mehr. Für 70 Prozent der ländlichen Bevölkerung Indiens ist die Landwirtschaft die primäre Einkommensquelle. Die Klimaerhitzung hat die Regenmuster verändert, Extremwetter nehmen zu – das wirkt sich negativ auf die Ernten und Einkommen der Bauern aus. Ihre wirtschaftliche Lage wird instabil, ihre Existenz zunehmend prekär. Bei arrangierten Heiraten auf dem Land sind die Eltern jedoch bestrebt, für ihre Töchter Partner mit einer sicheren Existenz zu finden. Basierend auf mehr als 1000 Befragungen gehen die Forschenden davon aus, dass rund die Hälfte der Bauern in Andhra Pradesh aktuell unter «Heiratsschwierigkeiten» leiden. Die Studie mit Beteiligung der Universität Melbourne, dem University College London und der Universität Solent fokussiert auf soziale Folgen der Klimakrise, die bislang noch wenig erforscht sind.





Leben und Alltag unter schwierigsten Bedingungen: Aleppo im Juni 2019.

© Meredith Kohut/NYT/Redux/Alamy



DOSSIER 10 JAHRE SYRIENKRIEG

KRISE OHNE ENDE SEITE 8
ENGAGEMENT FÜR DIE GANZE REGION SEITE 10
**«DIE INTERNATIONALE REAKTION WIRD DEM AUSMASS DER
KATASTROPHE NICHT GERECHT» SEITE 15**
SCHWEIZER BEITRAG ZUM UNO-FRIEDENSPROZESS SEITE 17
FACTS & FIGURES SEITE 19

KRISE OHNE ENDE

Zehn Jahre nach Beginn des Syrienkonflikts ist die humanitäre Lage im Land schlimmer denn je. Doch während die Bedürfnisse zunehmen, kommt die internationale Hilfe immer mehr unter Druck. Fehlende Gelder und Zugangsbeschränkungen gefährden die Unterstützung mehrerer Millionen Menschen.

Text: Christian Zeier

Am Anfang stand die Hoffnung. Im März 2011, als der Arabische Frühling schon erste Blüten trieb, kommt es auch in Syrien zu grösseren Protesten. Nachdem Jugendliche fürs Sprayen revolutionärer Slogans verhaftet werden, gehen die Menschen im südlichen Daraa auf die Strasse. Sicherheitskräfte schiessen in die Menge, Wut und Proteste nehmen zu. Im Juli demonstrieren

landesweit Hunderttausende. Was zu diesem Zeitpunkt noch niemand ahnt: Es ist der Beginn eines verheerenden Konfliktes, der auch zehn Jahre später noch kein Ende findet.

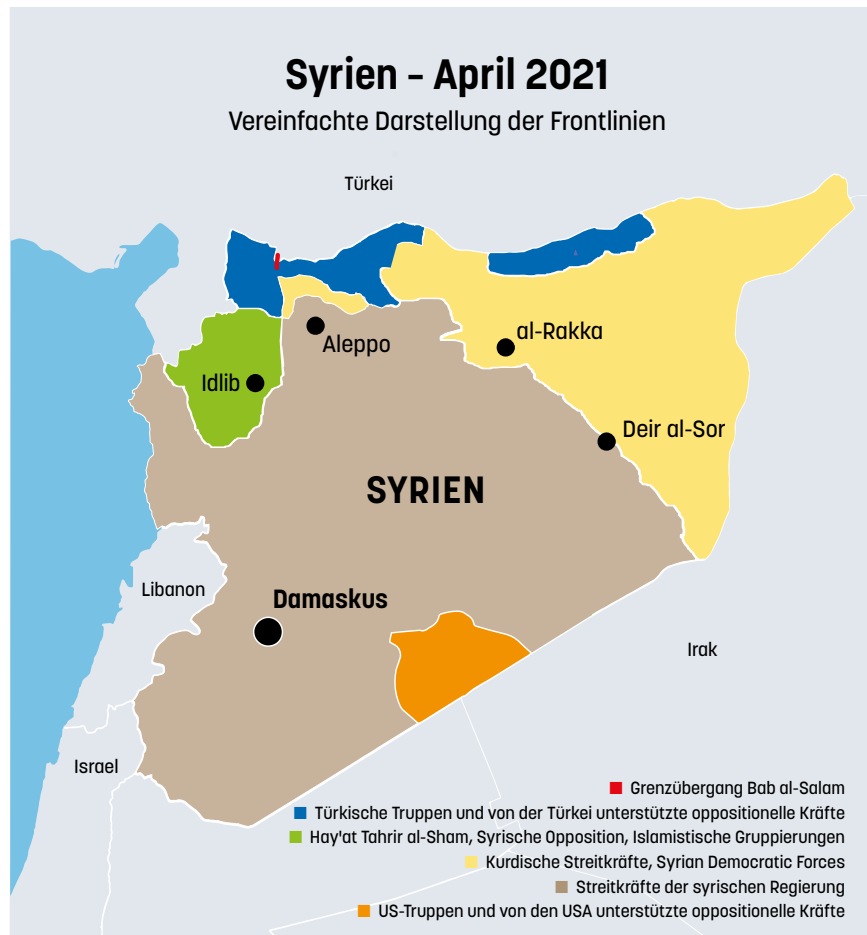
«Wenn ich zurückdenke, erinnere ich mich an ein Gefühl der Verwirrung und Verdrängung», sagt die Syrerin Amira, deren echter Name und Aufenthaltsort

aus Sicherheitsgründen nicht publiziert werden kann. «Wir verstanden nicht, was mit unserem Land passierte», sagt sie. «Plötzlich fiel alles auseinander.»

Geht es den Demonstrierenden zu Beginn vor allem um Freiheit, demokratische Reformen und Korruptionsbekämpfung, kommt bald ein zentrales Anliegen dazu: Die Regierung um Prä-



sident Bashar al-Assad soll abgelöst werden. Die syrischen Sicherheitskräfte jedoch reagieren mit brutaler Repression, versuchen die Revolution mit allen Mitteln zu ersticken. Erst zum eigenen Schutz, dann zum Kampf gegen die Staatsgewalt formieren sich bewaffnete Oppositionsgruppen. Bald kommen dschihadistische Gruppierungen hinzu und Drittstaaten beginnen, bewaffnete Gruppierungen zu finanzieren. Syrien versinkt im Krieg.



Flucht oder Tod

Viele von Amiras Freunden werden im Krieg getötet, die meisten verlassen das Land. Sie selber bleibt. «Zu Beginn dachten wir, dass der Albtraum bald vorbei sein werde», sagt sie. «Kein Mensch konnte sich vorstellen, dass es zehn Jahre dauern würde.» Aus ihrer friedlichen Stadt wird ein Ort der Geflohenen und der Detonationen. Bis die Syrerin die neue Realität akzeptieren kann, dauert es mehrere Jahre. Und auch heute noch sagt sie: «Gewöhnen kann man sich nicht daran. Wir versu-

chen zu überleben.» Amiras Geschichte ist eine von Millionen, die vom Leid dieses Landes erzählen.

«Wir warten darauf, dass das Leben weitergeht», sagt etwa Ahmed, der aus dem Südwesten Syriens nach Jordanien geflohen ist und heute mit seiner Familie in einem Flüchtlingslager lebt. «Wir Erwachsenen haben keine Zukunft mehr. Die Zukunft unserer Kinder ist auch unsere.» «Mein Land ist jetzt ein Platz zum Kämpfen, nicht zum Leben», sagt Farhad, der aus der nordöstlichen Stadt Dërik über die Türkei in die Schweiz gelangt ist. «Es gibt viele gute Menschen in Syrien, aber längst keine guten Gruppierungen mehr.»

Während die westliche Berichterstattung lange auf Aufstieg und Niedergang des Islamischen Staates fokussiert, wird die Lage vor Ort mit jedem Kriegsjahr komplizierter. Unzählige Gruppierungen und Milizen mit un-

terschiedlichsten Affiliationen waren und sind am Konflikt beteiligt. Dazu schalten sich früh ausländische Mächte ein – unter anderem die Türkei, Russland, die USA, der Iran, Israel oder Saudi-Arabien. Der Syrienkonflikt wird zum Stellvertreterkrieg.

Nach anfänglichen Erfolgen der Opposition erobert die syrische Regierung ab 2015 mit iranischer und russischer Unterstützung grosse Teile des Landes zurück. Heute ist Syrien bis auf einige Gebiete im Norden wieder unter staatlicher Kontrolle.

Der Nordosten wird grösstenteils von Truppen der «Syrian Democratic Forces» kontrolliert, im Nordwesten kontrollieren von der Türkei unterstützte oppositionelle Streitkräfte sowie islamistische Gruppierungen ein Gebiet, in dem rund drei Millionen Zivilistinnen und Zivilisten eingepfercht sind. Viele von ihnen fürchten sich davor, in

Am Anfang stand die Hoffnung:
Erste Proteste im Frühling 2011 in der
Stadt Darra. Auf den Protestbannern
steht unter anderem «Darra
blutet» und «Wer seine eigenen
Leute tötet, ist ein Verräter».

© UPI/taif

ihre vom Regime kontrollierte Heimat zurückzukehren.

«Whole of Syria»

Zehn Jahre nach Ausbruch gilt der Syrienkonflikt als eine der grössten menschengemachten Katastrophen seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Zahl der Toten wird grob auf eine halbe Million geschätzt, mehr als sechs Millionen haben das Land verlassen und weitere fast sieben Millionen wurden innerhalb des Landes vertrieben. 13 Millionen Menschen sollen laut UNO Anfang 2021 allein in Syrien auf Hilfe angewiesen sein. Kein Wunder, ist der Konflikt für die

Schweiz zum finanziell grössten humanitären Engagement ihrer Geschichte geworden (siehe Kasten unten).

Der Zugang zu den Bedürftigen war und ist dabei eine der zentralen Herausforderungen für die internationale humanitäre Hilfe. Kampfhandlungen und sich ändernde Konfliktlinien erschweren die Arbeit im Feld. Zudem versuchen immer wieder Konfliktparteien, die humanitäre Hilfe zu blockieren oder sie zu ihren Gunsten zu nutzen. Verschiedene NGOs haben den Vorwurf geäussert, dass Hilfe politisch missbraucht wird (siehe Randspalte Seite 14). Um solche Zugangsprobleme anzugehen, hat die UNO schon früh den

«Whole of Syria»-Ansatz entwickelt. Das Konzept zielt darauf ab, dass alle Menschen im Land unabhängig von ihrer politischen, religiösen oder ethnischen Zugehörigkeit mit der notwendigen Hilfe versorgt werden können.

Eine Resolution des UNO-Sicherheitsrates machte es ab 2014 offiziell möglich, für lebensrettende Unterstützung vier Grenzübergänge zu nutzen, die nicht von der Regierung kontrolliert werden. Dadurch kann die UNO ohne Zustimmung von Damaskus grenznahe Gebiete, die nicht von der syrischen Regierung kontrolliert werden, beliefern. Es entstanden, grob gesagt, drei Zugangskategorien für humanitäre

ENGAGEMENT FÜR DIE GANZE REGION

(cz) Da sich der Konflikt auf die gesamte Region auswirkt und auch die Nachbarländer stark belastet, hat die Schweiz ihr Engagement in einem regionalen Kooperationsprogramm definiert. Dieses umfasst neben Syrien auch Jordanien, den Libanon, den Irak sowie die Türkei und hat das Ziel, vom Konflikt betroffene Menschen zu schützen, ihre Not zu lindern und, wo möglich, Entwicklungsbestrebungen zu fördern.

Seit 2011 hat die Schweiz über 500 Millionen Franken für die betroffene Bevölkerung in der Region bereitgestellt. Ein Fokus liegt dabei auf den Bereichen Schutz und Migration, Bildung und Einkommen, Konfliktprävention und

Friedensförderung sowie Wasser und sanitäre Anlagen. Zudem leistet die DEZA Nothilfe bei akuten humanitären Krisen.

Das Engagement der Humanitären Hilfe lässt sich in vier Kategorien einteilen: Erstens realisiert sie Direktaktio-

nen, welche von der Schweiz selbst umgesetzt werden – etwa ein Projekt, das benachteiligten Bevölkerungsgruppen im Libanon Zugang zu sauberem Wasser ermöglicht. Zweitens unterstützt die DEZA multilaterale und bilaterale Partner, indem sie beispielsweise in die humanitären Fonds der UNO einzahlt,



Trotz Krieg und Corona endlich wieder in die Schule: Flüchtlingslager Zaatari im September 2020.

© UNHCR/Shawkat Alharfash

Hilfe nach Syrien: Hilfslieferungen aus Regierungsgebiet in oppositionelles Territorium via Frontlinie (cross-line); Lieferungen in oppositionelles Gebiet aus Jordanien, dem Irak oder der Türkei via Grenzübergang (cross-border); und Lieferungen in Regierungsgebiet von Damaskus aus.

Zwei Ansätze, zwei Welten

Bis heute haben alle Varianten mit eigenen Herausforderungen zu kämpfen. Den meisten NGOs ist es nur möglich, entweder von Damaskus aus oder aus den Nachbarländern via Grenze humanitäre Hilfe zu leisten. Beides gleich-

zeitig ist aufgrund der politischen Einschränkungen durch Konfliktparteien kaum möglich. Wie dies konkret aussieht, lässt sich am Beispiel zweier NGOs aufzeigen, die für dasselbe Ziel unterschiedliche Ansätze gewählt haben. Einerseits: die Maram Foundation, die ihr Hauptquartier im türkischen Gaziantep hat und von dort aus Hilfe für die Bevölkerung im Nordwesten Syriens organisiert. Andererseits: die internationale NGO *Première Urgence Internationale* (PUI), die von Damaskus aus Menschen in von der Regierung kontrollierten Gebieten erreicht.

Anfang 2012 war Maram eine der ersten Organisationen, die Vertriebene inner-

halb Syriens unterstützten. Heute ist sie in verschiedensten Bereichen tätig, vom Lageraufbau über Kindererziehung bis hin zu WASH-Projekten. «Unser Hauptquartier ist in der Türkei, doch wir haben zahlreiche Mitarbeitende in Syrien und verstehen uns als lokale NGO», sagt Yakzan Shishakly von Maram. Die Vorteile dieses Cross-Border-Ansatzes sind für ihn offensichtlich: Weil man nicht auf die Bewilligung der Regierung angewiesen sei, könne man schneller sowie flexibler agieren und die Hilfsleistungen würden nicht politisch missbraucht.

Emmanuel Tronc, der seit fünf Jahren für die internationale NGO PUI in Damaskus arbeitet, kennt die Vorwürfe der politischen Einflussnahme. Für seine Organisation jedoch träfen sie nicht zu, sagt er: «Wir waren bislang nie von einer Beeinflussung durch die Regierung betroffen.» Einerseits arbeite PUI nicht cross-line und unterstütze daher ausschliesslich Menschen in von der Regierung kontrollierten Gebieten. Andererseits habe man von Beginn weg klargemacht, dass Aktivitäten zwar mit den syrischen Behörden koordiniert, die Einschätzung der Bedürfnisse sowie die Umsetzung und Überwachung aber unabhängig durchgeführt würden.

PUI war schon vor Ausbruch des Konfliktes in Syrien präsent und passte ihre Operationen Ende 2012 entsprechend an. «Zu dieser Zeit verliessen viele Organisationen Damaskus, um sich von der Regierung zu distanzieren», sagt Tronc. «Wir hingegen sagten: Die Menschen brauchen Hilfe, ganz egal wer an der Macht ist.» Die verschiedenen Zugangsvarianten dürfe man nicht gegeneinander ausspielen, so der humanitäre Helfer. Aktuell könnten gewisse Gebiete nur aus Damaskus, andere nur aus den Nachbarländern erreicht werden. «Wir ergänzen uns. Nur so können wir unparteiisch der ganzen Bevölkerung helfen.»

Wie lange diese Ergänzung noch bestehen bleibt, ist allerdings unklar. Immer mehr internationale NGOs haben sich in den letzten Jahren von der Regie-

das IKRK finanziell unterstützt oder Projekte internationaler und lokaler NGOs ermöglicht.

Drittens werden Expertinnen und Experten des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) entsendet. Diese leisten fachliche Unterstützung, aber auch Beratung auf strategischen Positionen bei der UNO. Viertens engagiert sich die Schweiz auch im Bereich der humanitären Diplomatie. Aufgrund ihres Engagements für das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte geniesst sie hohe Glaubwürdigkeit und kann sich so für eine Verbesserung der Bedingungen im humanitären Bereich einsetzen.

Im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes (siehe Haupttext) unterstützt die Schweiz humanitäre Projekte in allen Gebieten Syriens. Sie betreibt seit 2017 ein humanitäres Büro in Damaskus, welches die finanzielle Unterstützung von Projekten in Regierungsgebieten und im Nordosten abdeckt. Die DEZA finanziert aber auch Akteure, die Hilfe über die Grenze in den Nordwesten liefern.

Physisch sowohl in Syrien als auch in den Nachbarländern präsent zu sein, sei ein grosser Mehrwert, sagt Andreas Huber, Leiter des regionalen DEZA-Kooperationsbüros in Amman. Nur so könne die Schweiz sicherstellen, dass ihre humanitäre Hilfe unabhängig von Konfliktlinien an alle Menschen in Not gelange.

Zudem können man Projekte direkt begleiten und wichtige Kontakte vor Ort pflegen. Wo die Schweiz wie viel investiere, hänge von den Bedürfnissen und der sich verändernden Lage ab. Als Beispiel nennt Huber den Entscheid des UNO-Sicherheitsrates, den wichtigen Übergang Al-Jarubija an der Grenze zum Irak zu schliessen. Die UNO habe kurzfristig Beiträge einstellen müssen, die Geldgeber mussten schnell reagieren. «Wir sind in die Bresche gesprungen und haben unser Engagement mit Fokus auf den Gesundheitsbereich erweitert», sagt er. «Dass wir schnell und flexibel agieren, ist eines unserer Markenzeichen.»

rung in Damaskus registrieren lassen. 16 waren es 2016, 2021 sind es bereits 32. Ein möglicher Grund dafür: Die humanitäre Hilfe von ausserhalb Syriens kommt immer mehr unter Druck.

Durch Gebietsgewinne der Regierung sowie durch internationalen politischen Druck wurden die Grenzüber-

gänge für UNO-Hilfe stetig reduziert. Ende 2019 legten Russland und China ihr Veto gegen eine Verlängerung der Resolution ein, welche die Cross-Border-Hilfe der UNO ermöglicht. Statt vier durften fortan nur noch zwei Grenzübergänge benutzt werden.

Zugang in Gefahr

Im Sommer 2020 sorgten die beiden Länder für eine erneute Verschärfung, seither ist Bab al-Hawa zwischen dem Süden der Türkei und Syriens Nordwesten der letzte verbliebene Übergang. Und auch der ist gefährdet: Im Sommer stimmt der UNO-Sicherheitsrat

erneut ab. Wird die Resolution nicht verlängert, sind den Vereinten Nationen im Cross-Border-Bereich fortan die Hände gebunden. Für NGOs wie die Maram Foundation und für die Bevölkerung im Nordwesten Syriens hätte das verheerende Folgen. «Wenn sich die UNO zurückzieht, fällt ein riesiger Teil der Gelder und der Infrastruktur weg», sagt Yakzan Shishakly von Maram. «Wir haben versucht, Alternativen zu entwickeln. Aber nichts funktioniert. Niemand weiss, wie es ohne Resolution weitergehen soll.»

«Ein Wegfall der Resolution wäre verheerend für den humanitären Zugang», sagt auch Mohannad Talas, der sich als

Im November 2019 flüchteten Hunderttausende Kurden, Araber und Aramäer aus dem Norden Syriens vor der Offensive der Türken - hier das Flüchtlingslager Washu Kanyia nahe der Stadt Al Hassakeh.

© Daniel Pilar/laif



Vertreter des NGO Forum Northwest Syria für die Anliegen der betroffenen Organisationen einsetzt. Technisch gesehen könnten die lokalen NGOs den Nordwesten weiterhin beliefern, mit dem Wegfall der UNO würde es aber an Geldern, Koordination und auch an Sicherheit fehlen. «Für Assads Regierung sind diese humanitären Helfer Terroristen», sagt er. Auf keinen Fall könnten sie daher von Damaskus aus arbeiten. Und: Eine Belieferung des Nordwestens via Frontlinie aus Damaskus sei aus Sicherheitsgründen und mangels Akzeptanz zurzeit nicht möglich.

Denkbar wäre, dass künftig mehr Gelder direkt an lokalen NGOs fließen,

dass die UNO ihren Fonds für Cross-Border-Operationen an andere Akteure übergibt oder eine Art Konsortium die grenzüberschreitende Hilfe koordiniert. So oder so ist es für Mohannad Talas unverständlich, dass gerade jetzt über eine Einschränkung der humanitären Hilfe diskutiert wird. «Die wirtschaftliche Situation in Syrien ist katastrophal», sagt er. «Und Covid-19 macht alles noch schlimmer.»

Die Krise nach dem Krieg

Tatsächlich hat sich die humanitäre Lage durch Assads militärischen Sieg und den Rückgang der Kampfhandlungen

nicht verbessert. Zwar sterben nun weniger Menschen durch Bomben oder im Gefecht, dafür nimmt die Mangelernährung zu, die Währung ist eingebrochen, Nahrungsmittelpreise sind massiv gestiegen und alltägliche Dinge wie Brot oder Benzin werden immer knapper. Obwohl die Lage sicherer geworden ist, verstärken der jahrelange Konflikt und die unbestimmte Zukunft das Leiden der syrischen Bevölkerung.

Zehn Jahre nach Ausbruch des Konfliktes befindet sich Syrien in einer Sackgasse. Assads wichtigsten Verbündeten fehlen die nötigen Ressourcen, um einen Wiederaufbau zu finanzieren. Potenzielle Geldgeberinnen wie die EU,



VEREINNAHMUNG DER HILFE

Die NGOs Oxfam und NRC halten in einem gemeinsamen Bericht vom Juli 2020 fest, dass Syrien einer der schwierigsten Kontexte weltweit sei, um prinzipientreue humanitäre Hilfe zu leisten. Wer von Damaskus aus arbeite, habe etwa mit bürokratischen Hindernissen zu kämpfen, gewisse Programmaktivitäten würden von der Regierung stärker überprüft und seien daher schwer zu realisieren. Immer wieder wurden zudem in den vergangenen Jahren Vorwürfe laut, dass Konfliktparteien, insbesondere die Regierung in Damaskus, die internationale Hilfe für ihre Zwecke missbrauche. Um solchen Missbrauch zu verhindern und die Risiken früh zu erkennen, wenden NGOs, die UNO sowie Geberländer wie die Schweiz umfangreiche Kontrollmechanismen an.

die USA und die meisten europäischen Staaten machen ihre diesbezügliche Hilfe von einer politischen Lösung abhängig. Und auch eine Aufhebung der Sanktionen ist an Konzessionen der Regierung gebunden.

Der UNO-Friedensprozess in Genf jedoch kommt kaum vorwärts, die USA und andere Staaten werfen Assad vor, die Ausarbeitung einer neuen Verfassung hinauszuzögern. Eine politische Lösung bleibt so in weiter Ferne – und damit wohl auch eine Verbesserung der humanitären Lage.

Ist also jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft vergebens? Für Yakzan Shishakly von der Maram Foundation ist klar, dass es nur eine Zukunft ohne die aktuelle Regierung gibt. «Alles hängt von den grossen Staaten ab», sagt er. «Syrien hat die Kontrolle längst verloren.» Emmanuel Tronc von der NGO PUI

glaubt ans Licht am Ende des Tunnels, auch wenn es nicht sichtbar sei. «Ich habe Hoffnung in die Menschen in Syrien», sagt er. «Sie haben die Fähigkeit, ihr Land wieder aufzubauen. Aber dazu braucht es die nötigen Ressourcen.»

Und Amira wäre schon froh, sich überhaupt eine Zukunft in ihrem Land vorstellen zu können. «Wir leben nur noch von Tag zu Tag», sagt sie. «Es wäre schön, wieder Träume zu haben.» ■

Nothelfer verteilen im November 2019 in der Dschazira-Region im Nordosten Syriens Wasser und WC-Papier an arabische Flüchtlinge.

© Alex Lourie/Polaris/laif



«DIE INTERNATIONALE REAKTION WIRD DEM AUSMASS DER KATASTROPHE NICHT GERECHT»

Als Koordinator für die humanitäre Hilfe der UNO im Syrienkonflikt hat Mark Cutts das grosse Ganze im Blick. Im Interview spricht er über die aktuelle Lage in Syrien, seine grösste Sorge sowie den Grund, weshalb er an den negativen Nachrichten noch nicht verzweifelt ist.

Interview: Christian Zeier

Mark Cutts, interessiert sich die Welt nach zehn Jahren noch für Syrien?

Es ist schwierig, die benötigten Mittel zu bekommen – besonders weil der Krieg schon so lange andauert. Von Seiten der Geldgeber ist eine gewisse Müdigkeit zu spüren, und viele Länder geraten aufgrund der Pandemie in finanzielle Schwierigkeiten. Zudem gibt es andere Krisen, die zurzeit stärker im Fokus stehen. Doch wir dürfen nicht vergessen: Das Ausmass der Krise in Syrien ist gewaltig. Wir sind sehr besorgt über die Zukunft.

«IN DEN NICHT VON DER REGIERUNG KONTROLLIERTEN GEBIETEN IM NORDWESTEN LEBEN 4,1 MILLIONEN MENSCHEN, WOVON 2,7 MILLIONEN VERTRIEBENE SIND.»

Wie hat sich die Lage in den letzten Jahren verändert?

Zwischen Dezember 2019 und März 2020 musste fast eine Million Menschen vor der Regierungsoffensive fliehen. Jetzt leben in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten im Nordwesten 4,1 Millionen Menschen, wovon 2,7 Millionen Vertriebene sind. Dazu kommt die katastrophale wirtschaftliche Lage. Dazu Covid-19. Dann auch noch ein kalter Winter und Überschwemmungen. Die Lage ist furchtbar – so schlimm wie noch nie.



© UNOCHA

Wo leben die vertriebenen Menschen?

Sie sind in Camps oder informellen Siedlungen untergekommen, in Schulen, Lagerhallen oder Ruinen. Am schlimmsten ist es für diejenigen, die in Zelten leben. Da wird es richtig heiss im Sommer, im Winter friert man und vor Überschwemmungen gibt es keinen Schutz. Einige haben nur eine Plastikplane, um sich vor heftigem Regen oder Schneefall zu schützen. Das ist schockierend. Wir erleben eine der grössten humanitären Notsituationen der Welt und sind nicht in der Lage, in dem Ausmass zu reagieren, das nötig wäre.

MARK CUTTS arbeitet seit fast 30 Jahren für die UNO und ist seit 2018 Koordinator für die humanitäre Hilfe der UNO im Syrienkonflikt. Zuvor war er Büroleiter des UN-Amtes zur Koordinierung humanitärer Angelegenheiten OCHA in Myanmar und im Sudan. Für das UNHCR hat er in verschiedenen Positionen in Genf, Brüssel, Bosnien und Herzegowina sowie Albanien gearbeitet. Nach einem Universitätsabschluss in Theologie sowie Internationalen Beziehungen war er für die NGO Save the Children in diversen Ländern tätig.

Woran fehlt es denn?

In erster Linie an der Finanzierung und an einem sicheren, dauerhaften Zugang. Syrien erhält jährlich mehr als zwei Milliarden Dollar an humanitärer Hilfe – das ist viel Geld und wir sind sehr dankbar dafür. Aber es ist nicht genug, um allen Betroffenen zu helfen. Im ganzen Land sind 13 Millionen Menschen auf Hilfe angewiesen. Sie brauchen Nahrung, ein Dach über dem Kopf, sauberes Trinkwasser, Zugang zum Gesundheitssystem und so weiter. Die internationale Reaktion wird dem Ausmass der Katastrophe nicht gerecht.

Der Zugang für die humanitäre Hilfe aus dem Ausland wurde laufend erschwert.**Wie wirkt sich das auf Ihre Arbeit aus?**

Der humanitäre Bedarf im Nordwesten ist gestiegen, wir bräuchten also mehr Mittel und besseren Zugang. Gleichzeitig sind wir sehr besorgt darüber, dass der UNO-Sicherheitsrat im Sommer die Resolution nicht verlängern könnte, welche die grenzüberschreitende Unterstützung der UNO überhaupt möglich macht.

GROSSES LOB

Auf das Schweizer Engagement im Syrien-Kontext angesprochen, hat Mark Cutts nur lobende Worte übrig. Die Schweiz leiste einen grossen Beitrag an zahlreiche Initiativen und sei eine wichtige Geldgeberin für die humanitäre Hilfe. Man arbeite in verschiedensten Bereichen sehr eng mit staatlichen Stellen zusammen und kooperiere auch mit NGOs wie etwa dem Centre for Humanitarian Dialogue oder Geneva Call. «Die Schweiz nimmt zudem eine Führungsrolle in politischen Diskussionen zu humanitären Angelegenheiten ein», so Cutts. «Davon profitiert die UNO stark.»

Was hätte das für Folgen?

Falls die Resolution nicht verlängert wird, gibt es ein Desaster. Die UNO wird nicht mehr in der Lage sein, syrische Organisationen direkt zu finanzieren und humanitäre Hilfe so zu leisten, wie sie es derzeit tut. Zudem spielt die UNO eine wichtige Rolle bei der Überwachung und Kontrolle der grenzüberschreitenden Hilfsmassnahmen. Sie verhindert die Abzweigung von Hilfsgütern und stellt sicher, dass sie dort ankommen, wo sie benötigt werden. Ohne UNO gäbe es weniger Transparenz und Rechenschaftspflicht. Das wiederum birgt das Risiko, dass die Finanzierung abnimmt. Schliesslich ist der Nordwesten eine riskante Region, in der grosse Teile von Organisationen kontrolliert werden, die vom UN-Sicherheitsrat als terroristische Organisationen gelistet sind. Obwohl unsere Partner vor Ort hervorragende Arbeit leisten, wären sie mit vielen zusätzlichen Herausforderungen konfrontiert.

Gibt es einen Plan B?

Klar ist: Es gibt keinen gleichmässigen Ersatz für das aktuelle Arrangement. Daher setzen wir alles daran, dass die Resolution verlängert wird. Aber natürlich arbeiten wir überall auf der Welt mit Eventualplänen – so auch in Syrien. Wir werden den Menschen in Syrien nicht den Rücken zukehren, wenn die Resolution nicht verlängert wird. Wir wären weiterhin in viele Aspekte involviert, müssten die Art und Weise, wie wir arbeiten, aber grundlegend ändern. Jede denkbare Alternative ist viel schlechter und würde zu massivem menschlichem Leid führen.

Könnte die UNO die Menschen im Nordwesten auch von Damaskus aus unterstützen?

Die UNO setzt sich für Zugang von allen Seiten ein. Falls sich die Konfliktparteien einigen könnten, wäre wir durchaus bereit, Konvois aus dem Regierungsgebiet heraus zu organisieren. Nicht als Ersatz für die grenzüberschreitende Hilfe, sondern als Ergänzung. Bei all den

Einschränkungen, die bei der Hilfe via Frontlinie zu erwarten sind, ist es unerlässlich, dass die Grenzübergänge offen bleiben.

Sind Sie optimistisch, dass das gelingt?

Alles hängt davon ab, ob die Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates einen Weg finden, ihre Differenzen zu überwinden. Wir appellieren dringendst an alle Ratsmitglieder, die Bedürfnisse der schutzbedürftigen Zivilistinnen und Zivilisten an vorderste Stelle zu setzen. Wenn sie das tun, werden sie diese Lebensader, die in den letzten Jahren Millionen von Menschen im Nordwesten Syriens versorgt hat, nicht kappen. Wir zählen darauf, dass der Sicherheitsrat Menschen über Politik stellt.

Wie schaffen Sie es persönlich, trotz all der negativen Nachrichten weiterzumachen?

In solchen Krisen zeigt sich gleichzeitig das Schlimmste und Beste der Menschheit. Wir sehen brutale Angriffe auf Zivilisten, Folter und Inhaftierungen. Aber es gibt auch das Heldentum der Helfenden. Allein im Nordwesten arbeiten 15000 syrische humanitäre Helferinnen und Helfer. Dazu kommen Lehrerinnen, Ärzte, Rettungsarbeiter oder Pflegerinnen, die jeden Tag ihr Leben riskieren, um anderen Menschen zu helfen. Sie haben geliebte Menschen verloren, wurden vertrieben, doch sie geben nicht auf. Die Opfer, welche diese Menschen bringen, ihre Hingabe und ihr Mut, das inspiriert mich immer wieder. Als UNO ist es unsere Pflicht ihnen beizustehen. Wir dürfen sie nicht im Stich lassen. ■

SCHWEIZER BEITRAG ZUM UNO-FRIEDENSPROZESS

Ohne Frieden keine Entwicklung. Nach diesem Grundsatz setzt die Schweiz neben dem humanitären Engagement in Syrien auch auf friedenspolitische Instrumente. Eines davon: die Diskussionsplattform «Civil Society Support Room».

(cz) Egal in welcher Funktion, das oberste Ziel von Marwa Jerdy bleibt stets dasselbe: «Ich will alles dafür tun, dass sich das Leben meiner Mitmenschen verbessert.» Erst versuchte die Syrerin dies als Journalistin, dann wechselte sie als Medienverantwortliche zur Nour Foundation, die in Syrien Nothilfe leistet und sich für die Förderung von Jugendlichen und Frauen engagiert. Seit knapp eineinhalb Jahren nun vertritt sie ihre Organisation zusätzlich im «Civil Society Support Room» (CSSR), einer Diskussionsplattform der syrischen Zivilgesellschaft, welche die UNO-Friedensgespräche in Genf ergänzt. Die zentrale Idee hinter dem Projekt: Nicht nur die Konfliktparteien sollen über die Zukunft Syriens verhandeln – auch Men-

schen wie Marwa Jerdy müssen Teil des Prozesses sein.

Schweizer Initiative

So trifft sich die Syrerin regelmässig oder offline mit einer bunten Mischung zivilgesellschaftlicher Akteure. Darunter sind NGO-Vertretende, humanitäre Organisationen, Frauengruppierungen, Menschen aus dem akademischen Bereich, Journalistinnen und Journalisten oder auch ehemalige Beamte des syrischen Staates. Die einen leben in Regionen, die von der Regierung kontrolliert werden, andere in Oppositionsgebieten und wieder andere sind Teil der mehr als sechs Millionen Syrerinnen und Sy-

rer im Ausland. Bedingung ist, dass die Teilnehmenden keiner Konfliktpartei angehören. Gesprochen wird über verschiedenste Themen, von der Verfassungsreform über Waffenstillstände bis hin zu Frauenrechte oder den humanitären Zugang.

Die Schweiz hat die Diskussionsplattform der syrischen Zivilbevölkerung CSSR mitkonzipiert. Um die Teilnehmenden – hier in Genf im Januar 2020 – zu schützen, bleiben sie auf dem Bild anonym.

© NOREF



Der CSSR wurde von der Schweiz mitkonzipiert und 2016 durch den damaligen UN-Sondergesandten für Syrien etabliert. Als Teil des friedenspolitischen Engagements des Bundes (siehe Randspalte) soll die Plattform die Ursachen des Konfliktes angehen und zu einer möglichen Lösung beitragen. Umgesetzt wird sie von der Schweizerischen Friedensstiftung Swisspeace und dem Norwegian Centre for Conflict Resolution, finanzielle Unterstützung leisten neben der Schweiz auch Norwegen, Schweden und die EU.

«EINIGE DER TEILNEHMENDEN TREFFEN SICH IM RAHMEN DES CSSR DAS ERSTE MAL, DA ES SONST KAUM AUSTAUSCHMÖGLICHKEITEN ZWISCHEN DEN FRONTLINIEN GIBT.»

Luca Urech

«Der CSSR ist ein gutes Beispiel dafür, wie sich die Schweiz mit eigenen Initiativen friedenspolitisch einbringen kann», sagt Luca Urech von der Abteilung Frieden und Menschenrechte, welche im Aussendepartement für die Initiative zuständig ist. Die Förderung eines inklusiven Friedensprozesses passe bestens zur Schweizer Demokratie und ihrer langen Tradition der Guten Dienste.

Einfluss auf den Friedensprozess

Im Zentrum des Projekts steht die Brückenbauer-Funktion. «Einige der Teilnehmenden treffen sich im Rahmen des CSSR das erste Mal, da es sonst kaum Austauschmöglichkeiten zwischen den Frontlinien gibt», sagt Luca Urech. Zu Beginn seien die Sitzungen schwieriger gewesen und es sei zu heftigen argumentativen Auseinandersetzungen gekommen. Mittlerweile hätten

sich die Gruppierungen aber angenähert, es gebe ein besseres Verständnis für Gemeinsamkeiten und eine Akzeptanz für Differenzen.

Bis die Treffen in den virtuellen Raum verschoben wurden, kamen die Teilnehmenden des CSSR in Genf zusammen. Sie werden regelmässig vom UNO-Sondergesandten angehört und zeigen diesem auf, wie die im Friedensprozess besprochenen Themen in der Zivilgesellschaft aufgenommen werden. Zudem sind einige ehemalige CSSR-Teilnehmende mittlerweile ganz direkt Teil des UNO-Friedensprozesses. Im Verfassungsausschuss, der über die Ausarbeitung einer neuen Verfassung für Syrien diskutiert, sitzen neben Vertretenden der Regierung und der Opposition auch 50 Personen aus der Zivilgesellschaft.

Syrische Zivilgesellschaft erfolgreich miteinbezogen

Als bislang grösste Herausforderung sieht Luca Urech den Aufbau einer Vertrauensbasis zwischen den Teilnehmenden sowie die Akzeptanz des CSSR durch die Konfliktparteien. Nach anfänglicher Skepsis würden sich mittlerweile auch Länder wie Russland, die Türkei, Iran oder die USA für die Sichtweisen der Teilnehmenden interessieren. «Da hat ein grosser Schritt stattgefunden», sagt der Diplomat. Die Staaten hätten realisiert, dass der Austausch mit der Zivilgesellschaft ein Mehrwert für sie sein kann.

Damit dieser Einblick möglichst repräsentativ ist, versucht die UNO die Vielfalt der Teilnehmenden durch eine Kombination von Kontinuität und Rotation zu garantieren. Über die Jahre ist so eine Datenbank mit mehreren hundert Vertreterinnen und Vertretern der syrischen Zivilgesellschaft entstanden, die sich einmal oder öfters im CSSR ausgetauscht haben. Für Luca Urech ist dieses breit abgestützte Engagement der Bevölkerung eine der wenigen positiven Begleiterscheinungen des Konflikts. «Der Prozess an sich ist eine

Premiere», sagt er. Erstmals überhaupt seien zivilgesellschaftliche Akteure institutionell in einen UNO-Friedensprozess miteinbezogen worden. Ein Ansatz, der nun auch in anderen Kontexten verfolgt wird.

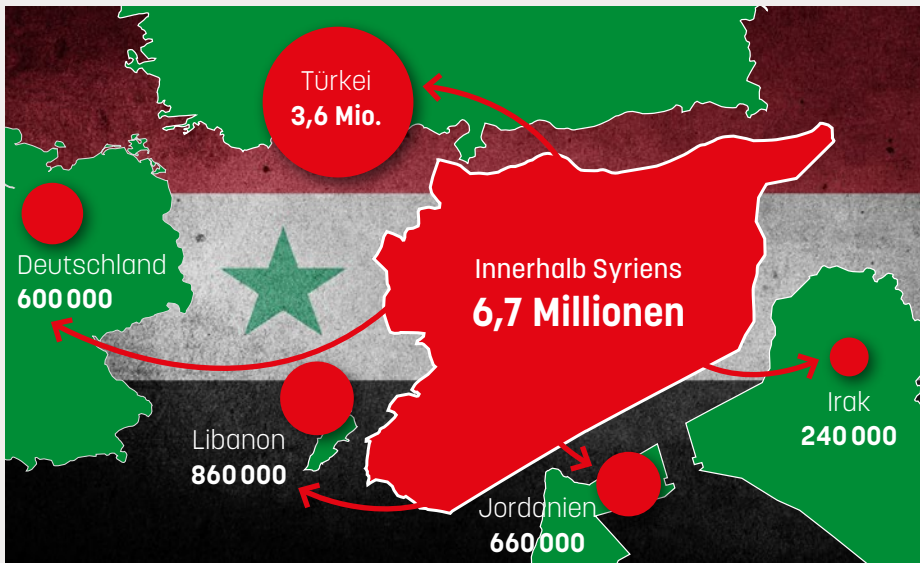
Auch die CSSR-Teilnehmerin Marwa Jerdy glaubt daran, dass der institutionalisierte Austausch etwas bewegen kann. Zwar fehle dem Prozess noch die klare Vision, die konkrete Rolle, welche die Plattform bei einer politischen Lösung spielen könne. Dennoch ist die Journalistin überzeugt: «Die Zivilgesellschaft kann zur dritten Kraft werden, die unser Land zusammenbringt.» ■

FRIEDENSPOLITISCHES ENGAGEMENT

Als Gaststaat des in Genf angesiedelten UNO-Friedensprozesses für Syrien hat die Schweiz eine besondere Rolle inne. Einerseits spielt sie bei logistischen Fragen wie der Einreise von Gesprächsteilnehmenden eine wichtige Rolle, andererseits initiiert sie auch eigene friedenspolitische Initiativen. Neben der Unterstützung des Friedensprozesses durch Projekte wie den CSSR setzt sich die Schweiz für ein friedlicheres Zusammenleben vor Ort ein, sowie für die Achtung des humanitären Völkerrechts und die Bekämpfung der Strafflosigkeit. So hat sie etwa die Schaffung eines internationalen, unparteiischen und unabhängigen Mechanismus (IIIM) unterstützt, in dessen Rahmen Beweise für schwere völkerrechtliche Verbrechen im Syrienkonflikt gesammelt und analysiert werden. Diese konnten bereits in Gerichtsprozessen in mehreren Ländern verwendet werden und sollen auch in Zukunft Verfahren ermöglichen.

FACTS & FIGURES

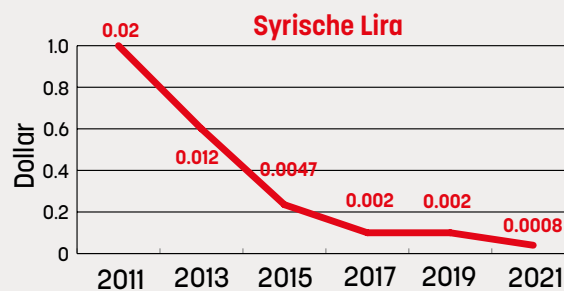
Geflüchtete Syrerinnen und Syrer



*Geflohene unter UNHCR-Mandat inkl. Asylsuchende 2020

Zerfall der Syrischen Lira

2011: 1 Dollar = 0.02 Lira
 2013: 0.012
 2015: 0.0047
 2017: 0.002
 2019: 0.002
 2021: 0.0008



Schlüsselzahlen

- Geschätzte **400 000** bis **500 000** Menschen wurden im Syrienkonflikt getötet
- **Hunderttausende** wurden inhaftiert
- Fast **128 000** sind nie mehr aufgetaucht und gelten als tot oder noch immer inhaftiert
- Rund **15 000** Menschen sollen zwischen 2011 und 2020 durch Folter gestorben sein
- Mit **20 Milliarden** Euro sind die EU und ihre Mitgliedstaaten die wichtigsten Geldgeber für die Überwindung der Folgen der Syrienkrise
- Über **500 Millionen** Franken hat die Schweiz seit 2011 für die betroffene Bevölkerung in der Region bereitgestellt

Zitate

2014 «Die Lage in Syrien ist die dramatischste humanitäre Krise, mit der die Welt seit sehr langer Zeit konfrontiert ist.»

António Guterres,
damaliger UNO-Flüchtlingskommissar

2016 «Syrien ist die grösste humanitäre Krise unserer Zeit.»

Filippo Grandi,
aktueller UN-Flüchtlingskommissar

2021 «Die Syrien-Krise bleibt die grösste Flüchtlingskrise der Welt und für viele ist die Situation schlimmer als je zuvor.»

Ayman Gharaibeh,
UNHCR-Leiter der Region Mittlerer Osten und Nordafrika

Quellen und Links

www.deza.admin.ch
 (Suche: Länder, Naher und Mittlerer Osten)
 Informationen zum Engagement der Schweiz im Mittleren Osten (Syrien, Libanon, Jordanien, Irak)

www.unhcr.org
 (Suche: Emergencies, Syria emergency)
 Zahlen und Statistiken zur Lage der registrierten syrischen Flüchtlinge in der Region

www.thenewhumanitarian.org
 (Suche: Browse by region, Middle East, Syria)
 News und Hintergründe zur humanitären Hilfe in Syrien und der Region

<https://reliefweb.int/>
 Aktuelle Länderberichte, Projektinformationen und Zahlen zur humanitären Lage

www.unocha.org/syria
 Neuigkeiten des UN-Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten

www.unhcr.org/sy/
 Informationen zur Arbeit des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge in Syrien



ABWANDERUNG BRINGT GESUNDHEITSSYSTEM INS WANKEN

Seit Jahren leidet Moldawien unter einer stark schrumpfenden Bevölkerung und der paradoxen Situation, dass viele junge Leute wegen politischer Instabilität, geringen Erwerbsmöglichkeiten und dem tiefen Lohnniveau in den Westen auswandern, gleichzeitig aber im Land ein Fachkräftemangel herrscht. Besonders prekär ist die Lage im Gesundheitssektor.

Text: Volker Pabst

Moldawien führt nicht viele internationale Ranglisten an. Doch in einer Hinsicht belegt das kleine Land zwischen Rumänien und der Ukraine seit Jahren Spitzenplätze: beim Bevölkerungsrückgang. Seit der Unabhängigkeit ist die Bevölkerung in der ehemaligen Sowjetrepublik von 4,3 auf etwa 3,3 Millionen geschrumpft. Hält der Trend an, könnten 2050 laut Schätzungen weniger als 2 Millionen Menschen in Moldawien leben.

Der Hauptgrund für diese Entwicklung ist die Emigration. Politische Instabilität, aber vor allem die geringen Erwerbsmöglichkeiten und das tiefe Lohnniveau führen seit drei Jahrzehnten dazu, dass viele Moldawier ihr Glück im Ausland suchen. Jährlich entscheiden sich 1,5 Prozent der Bevölkerung auszuwandern. Die Emigration ist zum nächstliegenden Schritt geworden, um die eigene Situation zu verbessern. Das gilt auch in der Pandemie.

Kommen und Gehen: Auf dem Flohmarkt hinter dem Bahnhof der Hauptstadt Chisinau kaufen und verkaufen viele Einheimische insbesondere Kleider.

© Ashley Gilbertson/VII/Redux/laif

Rodica Cheptine-Nenita lebt seit Ende letzten Jahres mit ihrem Mann in London. Die 32-Jährige führte während Jahren einen Schönheitssalon in der moldawischen Hauptstadt Chisinau. Daneben gab sie Schminkkurse. «Als während des Lockdowns plötzlich alle zuhause blieben, waren meine Dienste nicht mehr gefragt. Innert vier Monaten ging mein Geschäft Pleite.» Die staatliche Unterstützung für Selbstständige ist im armen Land minimal. «Weil mein Mann früher schon in London arbeitete und dort Familie hat, lag es nahe, den Neuanfang dort zu versuchen.»

Viele haben einen EU-Pass

Der Wegfall der Personenfreizügigkeit für EU-Bürger auf Ende Jahr habe den Beschluss beschleunigt. Sehr viele Moldawier besitzen auch einen rumänischen Pass, der aus historischen Gründen einfach zu erhalten ist. Der grösste Teil des Landes war in der Zwischenkriegszeit Teil Rumäniens; die Sprache ist dieselbe. Die Wohnung in Chisinau hätten sie zwar vorerst behalten, sagt Cheptine-Nenita. Eine Rückkehr hält sie dennoch für unwahrscheinlich. «Am Ende ist die Lebensqualität in Grossbritannien mehr wert als die ge-

sellschaftliche Anerkennung in Moldawien.» Ihr Mann ist Filmproduzent. In London arbeitete er aber zuletzt im Management eines Supermarkts.

GESPALTENES LAND

Kurz nachdem die Republik Moldawien 1991 ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion erklärt hatte, erklärte der dünne Landstreifen östlich des Flusses Dnjestr seinerseits die Unabhängigkeit von Moldawien. 1992 kommt es zu einem kurzen, blutigen Krieg, der durch eine russische Intervention beendet wird. Seither gilt der Konflikt als «eingefroren». Transnistrien wird von keinem Staat der Erde anerkannt, auch nicht von Russland. Dennoch agiert Moskau als Protektionsmacht des Pseudostaats, dessen Existenz den russischen Einfluss in Moldawien sichert und eine Westintegration verhindert. Obwohl es keine Anzeichen für eine Wiedervereinigung gibt, ist der Kontakt zwischen den Landesteilen in den letzten Jahren einfacher geworden. Transnistrien hat den Grossteil der Schwerindustrie der moldawischen Sowjetrepublik geerbt und beliefert Moldawien bis heute mit Strom.



Viele Krankenhäuser in Moldawien leiden unter Fachkräftemangel.

© Tim Wegner/laif

HOFFUNGSTRÄGERIN DER REFORMER

Moldawien ist ein Paradebeispiel für einen gekaperten Staat, in dem oligarchische Netzwerke den Grossteil der Ressourcen aufsaugen. Beispielhaft dafür ist der Bankenskandal, bei dem 2014 insgesamt eine Milliarde Dollar verschwand. Im prowestlichen wie im russlandfreundlichen Lager des politischen Establishments gibt es Profiteure dieses Systems. Seit einigen Jahren gibt es mit dem Bündnis Acum eine dritte Kraft, die sich glaubhaft rechtsstaatlichen Reformen und dem Kampf gegen die Korruption verschrieben hat. Die Parteivorsitzende Maia Sandu, eine Harvard-Absolventin und ehemalige Weltbank-Beraterin, stand kurzzeitig einer Koalitionsregierung vor, die jedoch am Widerstand gegen ihre Reformpläne zerbrach. Bei den Präsidentschaftswahlen 2020 gelang Sandu ein Comeback. Die erste Präsidentin des Landes möchte möglichst bald Neuwahlen erwirken, um eine neue Reformregierung zu bilden.

«Eine geringe Rückkehrerrate ist bezeichnend für Moldawien», erklärt Olga Gagaus vom Nationalen Institut für Wirtschaftsforschung in Chisinau. Die Soziologin untersucht seit Jahren die demografischen Trends in ihrem Heimatland. Da vor allem jüngere Personen auswanderten, die dann auch im Ausland eine Familie gründeten, sei der demografische Effekt sogar in doppelter Hinsicht negativ. «Auch in der Pandemie war keine wirkliche Trendumkehr festzustellen.» Die kurzfristige Arbeitsmigration kam zwar wie überall vorübergehend zum Erliegen. Sobald aber im Westen die Reisebeschränkungen für dringend benötigte Arbeitskräfte wie Erntehelfer und Pflegerinnen gelockert worden seien, hätten sich viele auch wieder auf den Weg gemacht.

Kaum gut bezahlte Stellen

Und jene Moldawierinnen und Moldawier, die dauerhaft im Ausland leben, hätten es vorgezogen, in ihrem Gastland zu bleiben, sagt Gagaus. «Kaum jemand hat Vertrauen in unser Gesundheitssystem.» In anderen Staaten Osteuropas, die ebenfalls stark von Abwanderung betroffen sind, waren während der Pandemie viele Personen aus der Dias-

pora zurückgekehrt. Homeoffice kann man schliesslich überall machen. Es gibt Anzeichen, dass zumindest einige von ihnen auch langfristig in der alten Heimat bleiben. In Polen, Tschechien oder Rumänien haben sich in den letzten Jahren boomende Industriezweige entwickelt, etwa im IT-Bereich, in denen die Löhne für Fachkräfte teilweise Westniveau erreicht haben. In Moldawien fehlen diese Anreize. Gutbezahlte Stellen gibt es praktisch nicht.

Moldawien hat unterschiedliche Phasen der Abwanderung erlebt. Nach dem Zerfall der Sowjetunion emigrierte ein Grossteil der jüdischen Gemeinde nach Israel und Deutschland. Ein Teil der slawischsprachigen Minderheit zog nach Russland, als im Zug der Unabhängigkeit die nationale Identität stärker betont wurde. Hinzukam der kurze Krieg um die Region Transnistrien im Osten des Landes. Gleichzeitig mit dieser «ethnischen Migration» begann eine saisonale Wanderbewegung nach Russland, wo viele Moldawier als Händler oder Bauarbeiter arbeiteten. Für Russland gab es nie eine Visumpflicht. Später setzte, parallel zur Entwicklung in Rumänien, aus Moldawien eine irreguläre Arbeitsmigration in den Westen ein, besonders nach Italien und Spanien.

Durch Amnestien in diesen Ländern, den EU-Beitritt Rumäniens 2007 und die Aufhebung der Visumpflicht für Moldauer 2014 für den Schengenraum eröffneten sich auch immer mehr legale Möglichkeiten, in den Westen zu ziehen und sich dort mit der Familie niederzulassen. Auch für Hochqualifizierte wurde die Emigration dadurch attraktiver.

Es fehlt an Fachkräften

In Moldawien herrscht somit die paradoxe Situation, dass viele junge Leute auf der Suche nach Erwerbsmöglichkeiten auswandern, im Land aber gleichzeitig ein Fachkräftemangel herrscht. Besonders prekär ist die Lage im Gesundheitsbereich.

Zwar wandern auch aus anderen Staaten Osteuropas jedes Jahr Tausende von Fachkräften aus dem Gesundheitsbereich aus. In Rumänien beispielsweise wird aber zumindest ein Teil von ihnen durch Zuzügerinnen und Zuzüger ersetzt, nicht zuletzt aus Moldawien. Nach Moldawien aber gibt es praktisch keine Immigration. Auch die Regierung beschönigt das bedrohliche Ausmass des Problems nicht. Der Interims-Ministerpräsident Aureliu Ciocoi erklärte kürzlich in einem Interview, es gehe darum, Moldawien als lebensfähigen Staat zu erhalten.

Neue Hürden für die Ausreise zu schaffen, wie es ein rumänischer Minister vor Jahren vorschlug, halten die meisten Experten für keine gangbare Lösung. «Wir profitieren als Land ja auch von unseren Bürgern im Ausland», erklärt die Soziologin Gagaus, «nicht zuletzt wirtschaftlich.» 2019 machten die Rücküberweisungen der Diaspora 15 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung des Landes aus. 2006 waren es sogar 35 Prozent. «Ohne dieses Geld wäre die Armutsrate mehr als doppelt so hoch.» Zielführender sei es, die positiven Effekte der Migration zu stärken, etwa indem der Wissenstransfer unterstützt wird. Auch das staatliche Pro-

gramm zur Investitionsförderung gehe trotz mageren Resultaten in die richtige Richtung. Bisher fließen die Remissen fast ausschliesslich in den Konsum.

Langfristig müssen laut Gagaus aber die Bedingungen geschaffen werden, damit die Leute bleiben wollen. «Nur so lässt sich der Trend umkehren.» In dem von Korruption und Misswirtschaft geprägten Staat ist der Weg dorthin lang. Der Sieg der Reformerin Maia Sandu bei den Präsidentschaftswahlen im November hat aber bei vielen prowestlichen Moldawiern Zuversicht geweckt. Die nun in London lebende Rodica Cheptine-Nenita sagt: «Die schlechte Führung des Landes hat viele von uns ins Ausland getrieben. Immerhin haben wir jetzt eine Präsidentin, für die wir uns nicht mehr schämen müssen.» Die Diaspora hat beim Wahlsieg von Maia Sandu eine grosse Rolle gespielt.

Heimat - trotz allem

Und trotz allem gibt es junge Leute, die in ihrem Heimatland eine Zukunft sehen und zurückkommen. Alexandru Macrinici ging 2011 nach Rumänien, um dort Regie zu studieren. Das Studium finanzierte er mit einem Stipendium und einem Job bei einer Stellenagentur. Beides hätte er in Moldawien nicht bekommen.

Nun schreibt er an seiner Promotion. Eingeschrieben ist er an der Universität von Tergu Mures in Rumänien, die meiste Zeit verbringt er aber in Chisinau. Auch nach dem Abschluss will er in Moldawien bleiben und dort theaterpädagogische Projekte organisieren. «In Rumänien wäre das Leben einfacher – besonders während der Pandemie», sagt der 28-Jährige. Andererseits könne er hier viel mehr gestalten. Was er vor habe, gebe es im Land noch gar nicht. «Für mich fühlt es sich richtig an. Ich möchte hier etwas bewegen, in meiner Heimat.» ■

Volker Pabst ist Südosteuropa-Korrespondent der NZZ und lebt in Istanbul.

MOLDAWIEN IN KÜRZE

Name

Republik Moldova
In deutschsprachigen Medien wird das Land wahlweise Moldova, Moldawien oder seltener auch Moldau genannt.

Fläche

33 843 km²

Bevölkerung

3,3 Millionen

Hauptstadt

Chisinau (530 000 Einwohner)

Sprachen

Rumänisch; regional auch Gagau-sisch, Russisch und Ukrainisch

Religionen

Orthodoxe 98.5%
Juden 1%
Baptisten und andere 0,5%



Aus dem Alltag von ...

RADU DANII

PROGRAMMVERANTWORTLICHER LOKALE GOUVERNANZ IN CHISINAU

Aufgezeichnet von Luca Beti

Die beste Zeit, um Moldawien zu besuchen ist Ende Frühling, im Sommer oder auch zu Herbstbeginn. Das Land und seine Hauptstadt Chisinau liegen in vollem Grün. Dann ist es schön, durch die Strassen zu flanieren, sich im Schatten eines Parks auszuruhen oder die historischen Gebäude der Stadt zu bestaunen. Zwischen der Ukraine und Rumänien gelegen, wurde Moldawien von diesen Nachbarn stark beeinflusst, auch im Baustil.



In letzter Zeit bin ich viel durch die Strassen von Chisinau gegangen. Wegen der Pandemie und um die Ansteckungsgefahr zu minimieren, laufe ich ein- bis zweimal die Woche die sechs Kilometer bis zum DEZA-Büro. So vermeide ich die überfüllten öffentlichen Verkehrsmittel. An den übrigen Tagen arbeite ich zuhause. Ich habe einen 14-jährigen Sohn, eine elfjährige und eine zweijährige Tochter. Die Älteren gehen zur Schule, einer am Morgen, die andere am Nachmittag, die Kleinste ist zuhause. Glücklicherweise ist meine Frau zuhause und kann in dieser schwierigen Zeit zu den Kindern schauen.

Seit Beginn der Pandemie arbeite ich vor allem online. Zuvor ging ich alle drei

Monate ins Feld, um Projektpartner zu treffen. Jetzt höre ich sie nur auf Distanz, über die verschiedenen Kommunikationsmittel, die ich auf meinem Mobiltelefon installiert habe. So kann ich die Treffen leichter organisieren. Andererseits ermüdet es mich, alle Gespräche online zu verfolgen und die ganze Zeit zuhause zu sein. Mir fehlt der direkte Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen.

Die Schweiz unterstützt Moldawien seit 2000. Anfangs mit Humanitärer Hilfe, ab 2009 mit Projekten der Entwicklungszusammenarbeit. Trotz grosser Fortschritte bleibt das Land jedoch das Aschenbrödel Europas. Die Armut betrifft vor allem die ländlichen Gebiete. Die aktuelle Strategie der DEZA beinhaltet drei Prioritäten: Reformen im Gesundheitswesen, die Stärkung der lokalen Regierungsführung, die wirtschaftliche Entwicklung und die Beschäftigungssituation.

Trotz der Pandemie sind wir mit den Projekten im Zeitrahmen. Ich bin der Programmverantwortliche für Lokale Regierungsführung. Wir möchten vor allem die Bevölkerung und dabei in erster Linie die am meisten Benachteiligten einbinden: So können sie ihre Meinung zu dem äussern, was sie betrifft. Zudem wollen wir die Ressourcen der Lokalbehörden stärken, damit sie auf die Bedürfnisse und Notwendigkeiten der Bevölkerung reagieren können. Und schliesslich helfen wir auf Landesebene der Regierung, die nötigen Reformen zur Dezentralisierung voranzutreiben.

Fehlende berufliche Perspektiven, die grosse Arbeitslosigkeit und die Migration behindern die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Rund ein Viertel der Bevölkerung arbeitet im Ausland.

Eines unserer Projekte konzentriert sich deshalb auf die Auswanderung und die wirtschaftliche Entwicklung Moldawiens. In Zusammenarbeit mit der Regierung unterstützen wir die Gründung von Vereinen der Herkunftsorte der Migrantinnen und Migranten. Diese arbeiten zusammen mit den Lokalbehörden an Gemeindeprojekten, in denen die Migrierenden aufgewachsen sind. Dazu gehört etwa die Verbesserung der Wasserversorgung und der Abfallsammlung, der öffentlichen Beleuchtung sowie der Abwasserentsorgung und dem Strassennetz. Bisher haben wir landesweit über 200 dieser Vereine unterstützt. Die Initiative war so erfolgreich, dass das Modell auch ohne unsere Unterstützung von weiteren 200 Gruppierungen übernommen wurde. ■

20-JÄHRIGE ZUSAMMENARBEIT

Im Juni 2020 war eine öffentliche Veranstaltung im Nationalmuseum von Chisinau vorgesehen, um an die 20-jährige Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Moldawien zu erinnern. Das Fest fand jedoch wegen Covid-19 nur in reduziertem Rahmen statt. Am 1. August 2020 wurde stattdessen eine Online-Initiative gestartet, um die erreichten Ergebnisse darzustellen und Werte der DEZA wie Diversität, soziale Inklusion und Gleichstellung hervorzuheben. Anhand von 20 Geschichten wurden die Veränderungen im Leben von 20 Menschen – sie kommen vom Land, aus der Stadt, sind Ex-Häftlinge, Ingenieurinnen, Verwaltungsbeamte, Behinderte, Hausfrauen, Bäuerinnen – erzählt, Veränderungen, die durch die von der Schweiz unterstützten Initiativen erzielt wurden.

Stimme aus Moldawien

BILL GATES GIBT ES TATSÄCHLICH. ER LEBT IN EINER KLEINSTADT IN MOLDAWIEN.

Meine Cousine lebt in einem Städtchen im Norden Moldawiens. Sie hat Pädagogik studiert, wollte aber nie Lehrerin werden. Danach hat sie eine Kochschule besucht. Doch schon bald hing ihr auch das buchstäblich zum Hals heraus. Das Einzige, wofür sie sich seit je uneingeschränkt begeistern kann, ist ihre Liebe zu Gott. Das verstehe ich ja. Und wenn einem in einem Provinznest, wo die Welt im letzten Jahrhundert stehen geblieben ist, alles öde vorkommt, hat nur das, was man nicht greifen, sehen oder

hören kann, einen besonderen Reiz. Und obendrein ist dieses Hobby voller Überraschungen.

Ab und an telefonieren wir. Sie erzählt mir, dass ihr Sohn Saşa seit kurzem in einer Fabrik arbeitet, die Sitzbezüge für Autos herstellt. Ich habe sie beglückwünscht. Auch Saşa war beruflich lange unentschlossen. Mal war er Schuhmacher, dann arbeitete er in einer Möbelfabrik in Polen, später eine Saison lang in Moskau auf dem Bau. Sein größter Traum war es, Zöllner zu werden. Obwohl er wusste, dass es dafür Beziehungen braucht, hat er es versucht. Sein Vitamin B reichte nicht aus. Oder es war vielleicht doch nicht sein größter Traum, andernfalls wäre er kaum in der Sitzbezugsfabrik in Briceni gelandet. Anders als bei seiner Mutter ist Saşas Gott noch nicht einmal Zöllner.

Meine Cousine macht sich Sorgen um Saşa, da ihm beim Ein- und Auschecken am Arbeitsplatz die Fingerabdrücke gescannt werden. «Ich habe Angst, dass sie ihm einen Chip in den Leib jagen und er dann sein ganzes Leben lang gechippt herumläuft.» Ich versuche sie zu beruhigen. «Das ist eine Methode zur Arbeitszeiterfassung, kein Hexenwerk.» Sie beruhigt sich kurz. Aber dann: «Was hältst du von der Corona-Impfung? Wirst du dich impfen lassen?» «Sicher werde ich mich impfen lassen, wenn wir denn mal Impfstoff bekommen.» «Ich lasse mich auf keinen Fall impfen! Ich bin kein Versuchskaninchen!» «Angela, wir bekommen erst Impfstoff, wenn alle anderen längst geimpft sind. Wir können gar keine Versuchskaninchen sein. Ich hatte Corona mit schwerem Verlauf. Und Freunde von mir sind an Covid-19 gestorben.»

Meine Argumente perlen an ihr ab. Sie erzählt mir, dass sie vergangenen Sommer wahrscheinlich selber Corona hatte. Seit einem Jahr arbeitet sie als Putzfrau in den Büros des örtlichen Gasversorgers. Alle Mitarbeiter hatten Corona. Sie hat nie eine Maske getragen. «Ich arbeite körperlich. Wie soll ich damit atmen?» Die Büroangestellten haben sie darauf hingewiesen, dass sie die Böden mit zu viel Chlor wische und es stark rieche. Sie sagte, dass sie nichts rieche. So fiel ihr auf, dass sie ihren Geruchssinn verloren hatte. Sie hatte irgendwann Schüttelfrost. Aber sie trank nur Tee. Danach ging sie wieder zur Arbeit. Sie vermutet, dass sie Corona hatte. Aber eigentlich soll mich das nur beruhigen. Sie will quasi solidarisch mit meiner Erkrankung sein. Meine Cousine ist, das habe ich eingangs vergessen zu erwähnen, ein guter Mensch. Hätte ich kein Corona gehabt, wäre auch sie garantiert nicht an Covid-19 erkrankt. Sie hatte nur eine simple Erkältung. Sie ging zur Arbeit, in Geschäfte, in die Kirche und fuhr mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Ich frage sie, ob sie nicht mal den Priester wechseln möchte. Und ich stelle fest, dass in dem Provinzstädtchen die einzigen Arbeitgeber Stadtverwaltung, Gasversorger, Zoll, Polizei, Kindergarten, Schule und Stromnetzbetreiber sind und es nur eine einzige Kirche gibt. Mit einem einzigen Priester. Und der erzählt seinen Schäfchen in jedem Gottesdienst, dass der Teufel und Bill Gates Covid-19 nur erfunden haben, um den Menschen mit dem Impfstoff einen Chip in den Leib zu jagen. So können sie uns auf Schritt und Tritt verfolgen. ■



GHEORGHE ERIZANU (geb. 1967) ist Verleger und Schriftsteller. Er lebt in Chisinau und hat an der Staatlichen Universität Moldawien Journalismus studiert.



MIT SOZIALER ABSICHERUNG GEGEN DIE NEGATIVSPIRALE

In Haiti lebt der grösste Teil der Bevölkerung in konstanter Armut. Die DEZA unterstützt die Verletzlichsten direkt und hilft der Regierung, ein Sozialsicherungssystem aufzubauen.

Text: Samuel Schlaefli

Seit November 2019 unterstützt die Schweiz über 30 000 besonders verletzte Haushalte in Haiti. Der krisengeplagte Inselstaat kommt nicht zur Ruhe: Auf das verheerende Erdbeben von 2010, dem rund 250 000 Menschen zum Opfer fielen, folgten eine Cholera-Epidemie, mehrere zerstörerische Hurrikane und 2018 ein weiteres Erdbeben. Zudem steckt das Land seit Jahren in einer tiefen Regierungskrise.

Zuletzt forderte die junge Bevölkerung die Regierung mit einem Generalstreik heraus, verlangte Neuwahlen und einen Abgang des Präsidenten Jovenel Moïse, der seit Anfang 2020 per Dekret regiert. Über sechs Millionen Menschen in Haiti leben in Armut und viele müssen mit weniger als zwei Dollar am Tag auskommen. Laut dem UN-Welternährungsprogramm (WFP) waren Anfang Jahr 3,7 Millionen Menschen dringend auf Nahrungshilfe angewiesen; rund ein Drittel der Bevölkerung. Mehr als ein Fünftel der Kinder sind aktuell chronisch unterernährt.

«Viele Haitianerinnen und Haitianer fühlen sich von ihrer Regierung und der Welt im Stich gelassen», erzählt

Fabrizio Poretti, Leiter des DEZA-Kooperationsbüros in Haitis Hauptstadt Port-au-Prince. «Sie werden fatalistisch und depressiv.» Der psychologische Aspekt einer moderaten sozialen Absicherung sei deshalb enorm wichtig.

Potenziale finden und stärken

Ziel des 2019 gestarteten Projekts «Programme d'Appui à la Promotion et à la Protection Sociales» (Promes) sei deshalb, eine Basis zu schaffen, auf welcher die Betroffenen wieder einen Selbstwert entwickeln können. Das gelte besonders für junge, alleinerziehende Mütter, die im Mittelpunkt des Projekts stehen. Poretti macht ein einfaches Beispiel: Eine Frau, die alles verloren hat, aber weiss, wie man Ziegen melkt, kann sich mit etwas Unterstützung und Ausbildung eine neue Lebensgrundlage durch den Verkauf von Milch aufbauen. Eine eigene Ziege kann ihr Leben somit nachhaltig verändern.

«Wir wollen solche Potenziale ausfindig machen und diese gezielt stärken», erklärt Poretti. «Dafür brauchen wir jedoch eine gute Datengrundlage.» Sein Team arbeitet deshalb eng mit dem UN-Welternährungsprogramm sowie der nationalen NGO «Fonkoze» zusammen. Letztere geniesse in der Bevölkerung viel Vertrauen, ihre Arbeit werde geschätzt. Fonkoze hat unter anderem einen nationalen Index der Vulnerabilität entwickelt, der später als Basis

für allfällige Sozialhilfebeiträge der Regierung dienen soll. Die Mitarbeitenden der NGO gehen von Tür zu Tür, führen Interviews und registrieren, wie es den Menschen geht und was sie am dringendsten benötigen. Das UN-Welternährungsprogramm, der zweite wichtige Implementierungspartner, unterstützt derweil das Ministerium für Soziales und Arbeit darin, eine digitale Plattform aufzubauen, mit welcher soziale Indikatoren der Bevölkerung besser erfasst werden können.

«Unser Ziel ist es, die humanitäre Hilfe in Haiti besser mit Werkzeugen der sozialen Sicherung zu koppeln», sagt Poretti. Deshalb hat sein Team als Grundlage für Promes ein Konzept für den Aufbau eines Sozialsicherungssystems in Haiti erarbeitet. Teile daraus sind mittlerweile in die nationale Strategie geflossen. Langfristiges Ziel der Regierung ist demnach der Aufbau von Werkzeugen und Institutionen, vergleichbar mit der Sozialhilfe, AHV und Arbeitslosenversicherung in der Schweiz. «Eine der grossen Stärken von Promes liegt darin, dass unsere Aktivitäten direkt in die nationale Strategie eingebettet sind», sagt Poretti.

Die Pandemie als Feuertaufe

Bis zum Projektende von 2024 soll das System soweit ausgebaut sein, dass Menschen bei zukünftigen politischen oder klimatischen Schocks sozial bes-

Junge, alleinerziehende Mütter stehen im Mittelpunkt des Promes-Projekts

© laif

ser abgesichert sind und gezielter unterstützt werden können. Eine erste Bewährungsprobe bot vergangenes Jahr die Covid-19-Pandemie. Die Schweiz sprach im Rahmen von Promes zusätzliche Gelder, damit das Welternährungsprogramm die Bevölkerung Haitis für den Kampf gegen die Pandemie mobilisieren konnte.

Zur Identifikation von Anspruchsgruppen und deren Bedürfnissen wurde die neue Datenbank genutzt. «Das funktionierte leider noch nicht so gut, wie wir es uns erhofft hatten», sagt Poretti. Für Probleme sorgten unter anderem unterschiedliche Datenformate und die fehlende Harmonisierung der Systeme des WFP und von Fonkoze. «Wir haben unsere Lehren daraus gezogen und entwickeln das System nun kontinuierlich

weiter.» Die zu Beginn befürchtete Gesundheitskrise aufgrund der Pandemie blieb zum Glück aus; Haiti ist bislang weniger stark von Covid-19 betroffen als andere Karibikstaaten.

Aktuell wird das Projekt evaluiert. Poretti möchte künftig den Privatsektor noch besser in die Aktivitäten einbinden. Unternehmen könnten zum Beispiel dringend benötigte Ausbildungsplätze und neue Jobs schaffen oder Kredite für Kleinunternehmen zur Verfügung stellen. Damit würden sie einen wichtigen Beitrag leisten, um das derzeit durch Verzweiflung und Armut brachliegende menschliche Potenzial zu mobilisieren. Eine wichtige Voraussetzung, damit Haitis humanitäre Krise kein Dauerzustand bleibt. ■

SOZIALE ABSICHERUNG EHER AUSNAHME ALS NORM

Der Zugang zu sozialen Sicherungssystemen ist eine zentrale Forderung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Auf diese hatten sich 193 Staaten im Jahr 2015 geeinigt. Experten argumentieren seit Jahren, dass soziale Sicherungssysteme zwar hohe Investitionen erfordern, sich diese langfristig aber vielfach auszahlen. Trotzdem sind sie heute eher die Ausnahme als die Norm: Laut einer Studie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), basierend auf Daten von über 100 Staaten, hat über die Hälfte der Weltbevölkerung keinen Zugang zu essenzieller Gesundheitsversorgung und lediglich 29 Prozent haben einen zuverlässigen Zugang zu umfassender sozialer Sicherung. Von 2013 bis 2017 hat die Schweiz 34 Partnerländer mit 370 Millionen Franken beim Aufbau von Sozialsicherungssystemen unterstützt, meistens im Rahmen von Projekten für mehr Rechtsstaatlichkeit, Ernährungssicherheit und Gesundheit.

Genau wie hier in der Cité du Soleil, dem grössten Elendsviertel der Hauptstadt Port-au-Prince, leben in ganz Haiti Millionen von Menschen in Armut.

© Lena Mucha/Redux/laif





PERUS BLAUES GOLD IM STRESS

Die Gefahr von Wasserstress nimmt weltweit zu, so auch in Peru. Die Schweiz begleitet Unternehmen und Gemeinden des Andenstaats in ihren Bemühungen um ein nachhaltiges Wassermanagement.

Text: Zélie Schaller

Wasser wird in Peru immer knapper. An der Westküste, wo mehr als 60 Prozent der Bevölkerung leben, ist 2025 ein Engpass zu befürchten. Die Bevölkerung wird dann 36 Millionen erreichen, und damit dürfte der Druck auf die Wasserressourcen stark zunehmen. Überdies haben Landwirtschaft und Bergbau entgegengesetzte Interessen. Im Süden des Landes ist es deswegen bereits zu Konflikten gekommen.

Um das Risiko einer Eskalation zu vermeiden, ist es wichtig, den Wasserver-

brauch zu reduzieren und einen fairen Zugang für alle zu gewährleisten. Die Schweiz stellt sich diesen Herausforderungen. Mit ihrem technischen Fachwissen unterstützt sie die Unternehmen und die Bevölkerung Perus, ein nachhaltiges Wassermanagement zu erreichen.

Öffentlich-private-Partnerschaft

Die nationale Wasserbehörde hat zusammen mit der DEZA das «Blaue

Zertifikat» lanciert. «Es ist ein Instrument, mit dem der Staat Unternehmen anerkennt, die ihren Wasserverbrauch gemäss einem genau festgelegten Plan freiwillig senken», erklärt Kenneth Peralta, DEZA-Projektleiter in Peru. Die

In den Distrikten Irazola, Neshuya und Curimaná im Nordosten Perus wurden im Rahmen eines sozioökologischen Projekts Fischeiche gebaut.

© Orazul Energy

Unternehmen berechnen dazu ihren Wasser-Fussabdruck; er bildet den zur Produktion ihrer Güter oder Dienstleistungen benötigten Frischwasserverbrauch ab.

Um eine faire Verteilung der Ressourcen zu fördern und die Ökosysteme zu schonen, müssen die Firmen pro Einzugsgebiet ein Programm zur integrierten Wasserbewirtschaftung umsetzen. Sie sprechen sich mit den verschiedenen Akteuren ab, planen die Wasser-Verteilung und setzen zugunsten von Gemeinden in ihrem Einflussbereich Projekte der sozialen Verantwortung im Wasserbereich um, erläutert Kenneth Peralta.

Von den 29 Firmen, die zwischen 2015 und 2020 das Blaue Zertifikat der nationalen Wasserbehörde beantragten, haben es zwölf erhalten. Die 17 übrigen stehen unmittelbar davor. Das Vorgehen und die zu erfüllenden Kriterien sind streng; erforderlich sind nicht zuletzt beträchtliche Investitionen.

Die Bewerberunternehmen sind in verschiedenen Bereichen tätig, darunter Agrarwirtschaft, Zement, Chemie und Wasserkraft. Es handelt sich um Grossunternehmen mit Auswirkungen, die entsprechend ins Gewicht fallen: Mit dem Projekt wurden bereits 3.1 Millionen Kubikmeter Wasser eingespart, was rund 900 Olympia-Schwimmbekken entspricht. Davon profitiert haben schon mehr als 33500 Menschen.

Gut für die Gemeinden, gut für die Umwelt

Das Unternehmen Pavco Wavin ist im Bau, in Infrastrukturen und im Bergbau tätig und war das erste, das das Blaue Zertifikat erhielt. «Dank diesem Instrument konnten wir unsere Umweltpolitik und die Beziehungen zu unseren Nachbarn bezüglich einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Wasserressourcen festigen», sagt Generaldirektor Guillermo Martinez Sanchez.

Wie er ermuntert auch Roxana Aliaga, Geschäftsleiterin des Energiedienstleisters Fenix, weitere Unternehmen, sich um das Blaue Zertifikat «für eine bessere Welt» zu bemühen. Im Rahmen eines sozialen Projekts liefert Fenix der Bevölkerung des südlich von Lima gelegenen Distrikts Chilca, wo die Firma tätig ist, täglich 2000 Kubikmeter Trinkwasser. «Die Lebensqualität der Familien», sagt Kenneth Peralta, «ist dank diesem Engagement gestiegen.»

Das in Landwirtschaft, Viehzucht, Wald und Fischerei tätige Unternehmen Agrícola Cerro Prieto hat seinerseits in Fundo Chepén, in der Region La Libertad im Nordwesten des Landes, ein Industrieabwasserklärsystem konzipiert und konstruiert. Ziel ist es, den Frischwasserverbrauch zur Bewässerung der Wälder und Hecken zu reduzieren. Neben dem Privatsektor sind auch Universitäten am Projekt beteiligt. An denen werden wissenschaftliche Methoden zur Berechnung der Wasserbilanz gelehrt mit dem Ziel, Fachleute auszubilden.

Regionale Tragweite

Das Blaue Zertifikat ist in Peru ein grosser Erfolg und hat auch in Chile Interesse geweckt. Es wird nach beispiellosen Dürren an den dortigen Kontext angepasst und noch in diesem Jahr eingeführt. Auf regionaler Ebene fördert die Schweiz das Blaue Zertifikat im Rahmen der Pazifik-Allianz (PA), der sie als Land mit Beobachterstatus angehört. Die wirtschaftsstrategische Allianz verbindet Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru. Am 14. Gipfeltreffen der PA 2019 wurde das Blaue Zertifikat als freiwillige Norm zur Förderung der nachhaltigen und effizienten Bewirtschaftung der Wasserressourcen anerkannt.

Die Schweiz hat auch die Zusammenarbeit mit brasilianischen Firmen aufgenommen. Der grösste Staat Lateinamerikas verfügt zwar über fast 20 Prozent der weltweiten Wasserreserven, leidet aber aus Gründen wie steigendem Ver-

brauch, ungleicher Verteilung, Klimaerwärmung und schlechten Wasserinfrastrukturen über Wassermangel.

Bis 2025 wird die Hälfte der Weltbevölkerung in Gebieten mit permanentem Wasserstress leben. Es ist also höchst Zeit, den fairen Zugang zu und die nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser zu fördern – so wie es auch das Ziel 6 der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung unterstreicht. ■

EIGENVERBRAUCH EINSCHÄTZEN

Nicht nur die Unternehmen, auch die Privatpersonen sind aufgerufen, ihren Wasserverbrauch zu senken. Sie können ihren Wasser-Fussabdruck online mit einem Tool berechnen: Wie oft duschen Sie am Tag? Wie oft benutzen Sie pro Woche Ihre Waschmaschine? Was essen Sie zu Abendessen? Auf die letzte Frage stehen Antworten zur Auswahl: Poulet, Fisch, Reis, Kartoffeln. Die Teilnehmenden geben die konsumierten Mengen an. Als Resultat erhalten sie Angaben zum täglichen Wasserverbrauch. Um die Leute dazu anzuhalten, ihren Verbrauch einzuschränken, werden Veranstaltungen organisiert und Videos gezeigt.

KREATIV ZU EINER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG

Im Südkaukasus ist die Tierzucht für die Landbevölkerung eine wichtige Einkommensquelle. Viele Bauern produzieren gerade genug, um ihre Familien zu ernähren. Um die Armut zu senken, unterstützt sie die DEZA dabei, ihre Betriebe zu entwickeln und ihre Produkte zu verkaufen.

Text: Zélie Schaller

«Ich fühle mich meinen Wurzeln verbunden, wenn ich die Bienen arbeiten sehe. Unsere Familie hat immer mit Jara-Bienenstöcken geimkert. Aufgeben kommt nicht in Frage, auch wenn es nicht einfach ist, Schritt zu halten», sagt Mayvala Surmanidze. Die 53-Jährige wohnt in Phushrukauli, einem georgischen Dorf mit etwa 100 Einwohnerinnen und Einwohnern in Adscharien. In der abgelegenen Gebirgsregion im

Südwesten des Landes entstehen nach alter Imkertradition aus hohlen Stämmen die Jara-Beuten, die zum Schutz vor Bären in die Bäume hochgehängt werden.

Wie es dazu kam, überliefern adscharische Erzählungen: Die Ältesten wollten die im Wald entdeckten «Bienenbäume» nachbilden, sammelten wilde Bienenschwärme ein und platzierten

sie in halbierten Baumstämmen. Diese natürliche Behausung entspricht den Bienen; ihr authentischer Wildhonig hat einen einzigartigen Geschmack.

Verarbeiten von Schafwolle: Im Südkaukasus spielen Frauen in kleinen Landwirtschaftsbetrieben eine Schlüsselrolle.

© SCO South Caucasus



Geerntet wird nur einmal pro Jahr, im frühen Herbst. Der Aufwand ist höher als bei modernen Bienenstöcken, was Mayvala Surmanidze allerdings nicht entmutigt. Die Wildbienen gehören zu ihrem Leben: Als Kind half sie ihrem Vater beim Imkern. Später, als ihr Mann starb, half der Honig ihr und ihren vier Kindern über die Runden zu kommen. Heute produziert sie etwa 100 bis 120 Kilo Honig pro Jahr und hat das Bio-Zertifikat beantragt, welches den Wert ihrer Ernte wesentlich steigert.

Höheres Einkommen, weniger Armut

Ihre Kundschaft sind Nachbarn sowie türkische Händler, die den reinen Wildhonig schätzen. Im Südkaukasus, besonders in Georgien und Armenien, hilft die DEZA Kleinbauern, ihre Produktivität zu steigern und den Zugang zu regionalen und grenzüberschreitenden Märkten zu verbessern. Damit steigt das Einkommen und die Armut sinkt.

Das Potenzial ist beträchtlich. Die Landwirtschaft ist ein Schlüsselsektor in der Region. Trotz ihrer zentralen Bedeutung für die Landbevölkerung macht sie nur etwa zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Die meisten Betriebe betreiben Subsistenzwirtschaft und erzielen keine Erträge für den Verkauf. Das ist auf geringe Investitionen, unzureichenden Zugang zu Märkten und hohe Empfindlichkeiten gegenüber äusseren Einflüssen zurückzuführen.

Das Projekt stellt sich diesen Herausforderungen und entwickelt mehrere Zweige: Honig, Wolle, Käse und Fleisch. Unter anderem mit einem Honigfest fördert die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit Produktion und Vertrieb der lokalen Produkte. Der Markt dafür war bisher stark fragmentiert und für die Kleinproduzenten kaum zugänglich: Die Grossisten und Supermarktketten setzten auf Importware.

Wolle galt bis vor kurzem bloss als Abfallprodukt – Schafe wurden vor allem der Fleisch- und Käseproduktion wegen gehalten –, nun wird sie zu Handelsware verarbeitet: Die steigende Nachfrage nach Teppichwolle hat den Schafzüchtern einen zusätzlichen Markt eröffnet.

Desinfektion der Schafe

Die georgischen Schafe werden lebend nach Aserbaidshan, in die Länder am Golf und in den Mittleren Osten exportiert. Der Markt für Fleischerzeugnisse hingegen wächst dank regelmässigen Exporten in den Iran. Seit dem Untergang der Sowjetunion mangelt es jedoch an modernen Infrastrukturen und qualifizierten Tierärzten. Zudem sind die sanitären Bedingungen schlecht: Auf den Routen der Wanderschäfer sind viele Wasserstellen und Ruheplätze in desolatem Zustand. Die Herden legen auf ihrer Wanderung von der Winter- zur Sommerweide mehr als 300 Kilometer zurück.

Um die Tiere zu desinfizieren und so die Verbreitung von Krankheiten durch die Wanderhaltung einzudämmen, wurden in drei Regionen (Adscharien, Unterkartli und Samzche-Dschawachetien) Tiergesundheitsposten errichtet. Dazu gehören Schaf-Tauchbecken, Duschen für das Grossvieh sowie Wasertanks und Lagerhallen. Qualifizierte Veterinäre sorgen für kompetente Beratung. «Diese Posten schützen die Herden vor verschiedenen Krankheiten und dämmen die Ausbreitungsrisiken ein», sagt Zaza Dolidze, Direktor der georgischen Nahrungsmittelbehörde. Weniger Krankheiten, geringere Sterblichkeit und damit konstantere und höhere Exportraten sind die Folge.

Die DEZA unterstützt auch Milchbauern und Käsereien. Damit diese den Anforderungen an die Lebensmittelsicherheit genügen, wurden den Viehzüchtern Werkzeuge, Einrichtungen, landwirtschaftliche Maschinen und Informationen vermittelt.

In allen Sektoren stärkt die Schweiz die Handelsbeziehungen zwischen Produzenten, Verarbeitungsbetrieben, Händlern und Grossverteilern, um das Angebot zu verbessern und zu diversifizieren. Ausserdem hat sie landwirtschaftliche Ausbildungsprogramme nach dem Vorbild des dualen Schweizer Systems entwickelt. Bisher war der Unterricht theoretisch mit wenig oder keiner Gelegenheit, praktische Erfahrung zu sammeln. Das Projekt hat zur Schaffung von insgesamt mehr als 400 Arbeitsplätzen geführt. Und das Einkommen der Begünstigten stieg um rund 27 Prozent. ■

IDEEN- UND ERFAHRUNGS-AUSTAUSCH

Frauen spielen in kleinen Landwirtschaftsbetrieben eine Schlüsselrolle. Ihre Autonomie soll gestärkt werden – mit sogenannten «Frauenräumen» in Gemeindehäusern. Diese bieten unter anderem Internetzugang, Bibliothek und Laufbahnberatung. Mit Wirtschafts- und Informatikkursen stellen sie zudem Weiterbildungsangebote bereit: Die Landfrauen lernen, wie man einen Businessplan schreibt und ein eigenes Unternehmen gründet. Eine von ihnen ist Shushana Putkaradze, die sich als Lehrerin, Unternehmerin und Mutter dreier Kinder vorstellt. Sie lebt in Paposhvilebi in Adscharien. Die Region hat sich dank ihrer reichhaltigen Fauna und Flora in den letzten Jahren zu einer Tourismusdestination gemauert. Shushana Putkaradze eröffnete ein Gästehaus, das sie dank einer Weiterbildung ausbauen konnte. Dieses Geschäft ist die Haupteinnahmequelle der Familie, aber auch der Nachbarn, denen sie Milch und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse abkauft, erzählt die Fünfzigjährige. Die Frauenräume sind auch Orte, an denen Frauen Ideen und Erfahrungen austauschen und Freundschaften schliessen.

Position

LANGFRISTIGE PERSPEKTIVEN DANK PARTNERSCHAFT AUF AUGENHÖHE

Tägliche Gewalt, kaum Nahrung oder medizinische Versorgung und keine wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Das Dossier der vorliegenden Ausgabe zeigt: Ohne humanitäre Hilfe geht es in Syrien nicht. Wollen wir den Menschen aber nicht nur kurzfristig helfen, sondern langfristig einen Weg aus der Gewalt ermöglichen, braucht es eine grundlegende Veränderung, also eine nachhaltige Entwicklung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Welch grosses Potenzial in den Ländern des Mittleren Ostens, Nordafrika (MENA) und Subsahara-Afrika-Region steckt, habe ich in den letzten Monaten auf meinen offiziellen Reisen selbst erleben dürfen. Die Umsetzung der Aussenpolitischen Strategie 2020–2023 (APS) führte mich in den Nahen und Mittleren Osten sowie nach Afrika. Diese Reisen sind sinnbildlich für den Übergang der Strategiearbeit zur praktischen Realisierung einer kohärenten Aussenpolitik mit einer klaren Fokussierung auf unsere geografischen Schwerpunktregionen.

Gerade in der MENA-Region und in den Ländern Subsahara-Afrikas blickt die Schweiz auf eine lange Tradition der Entwicklungszusammenarbeit zurück. Als neutrale Vermittlerin ohne Kolonialvergangenheit hat sich die Schweiz über die Jahrzehnte einen guten Ruf als verlässliche Partnerin erarbeitet. Sie wird für ihre guten Dienste genauso geschätzt wie für ihre humanitäre Hilfe, ihre Friedensförderung und als Partnerin bei wirtschaftlichen Kooperationen.

Ausgehend von der klassischen Entwicklungszusammenarbeit haben sich die Beziehungen in den letzten Jahren diversifiziert. Die Herausforderungen



Bundesrat Ignazio Cassis im April dieses Jahres im Gespräch mit einer UNHCR-Delegierten in einer informellen Zeltsiedlung für syrische Flüchtlinge bei Taanayel im Libanon.

© EDA

der einzelnen Regionen präsentieren sich so unterschiedlich, wie die Opportunitäten, die der rasante gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Wandel in den einzelnen Ländern mit sich bringt. Während die APS 2020–2023 diese breite Kooperationspalette bündelt und die Stossrichtung der Schweizer Aussenpolitik festlegt, konkretisieren die geografischen und thematischen Folgestrategien das Vorgehen in den entsprechenden Schwerpunktregionen. Damit stellen wir nicht nur die Kohärenz in unserem Denken und Handeln sicher, sondern machen die Wirksamkeit unserer Aussenpolitik sichtbar.

Auf meinen Reisen konnte ich die Wirkung dieser internationalen Zusammenarbeit vor Ort erleben, und ich habe erfahren, wie viel Respekt und Anerkennung man der Schweiz für ihr strategisches Vorgehen entgegenbringt. Die Tatsache, dass der Bundesrat unter anderem zum ersten Mal eine MENA- und eine Subsahara-Afrika-Strategie

ausgearbeitet hat, stösst auf viel Interesse und Wohlwollen. Es zeigt, dass die Schweiz nicht nur weiss, wohin sie mit ihrer Aussenpolitik will, sondern unterstreicht, dass sie in ihren Partnerländern mehr sieht als regionale Krisenherde.

Diese Staaten bieten – trotz grosser Herausforderungen – zahlreiche Chancen. Dieses Potenzial gilt es zu nutzen, wenn wir einer aufstrebenden und in vielen Regionen jungen Bevölkerungsschicht eine Zukunft ermöglichen wollen – ohne bewaffnete Konflikte, dafür mit politischer Partizipation und wirtschaftlichen Perspektiven. ■

*Bundesrat Ignazio Cassis
EDA-Vorsteher*



STAATLICHE RETTUNGSPAKETE: ZU WENIG FOKUS AUF NACHHALTIGKEIT?

Regierungen investieren aktuell Milliarden, um Volkswirtschaften anzukurbeln und Unternehmen zu retten. Doch die wenigsten Covid-19-Stimuluspakete sind im Einklang mit den UN-Nachhaltigkeitszielen und dem Klimavertrag von Paris. Verpassen wir gerade eine historische Chance, unsere Gesellschaft gerechter und unsere Wirtschaft sauberer und krisenresistenter zu machen?

Text: Samuel Schlaefli

Politikerinnen und Unternehmer argumentieren derzeit oft, das Wichtigste in der aktuellen Krise sei, bald wieder zu einer gewissen Normalität zurückzufinden. Für Inger Andersen, Direktorin des UN-Umweltprogramms, ist eine solche Rückkehr zum «Business as usual» keine Option. Genau diese «Normalität» habe uns über zwei Millionen Tote, die grösste Rezession seit der grossen Depression und eine Zunahme der globalen Armut (siehe Kasten S. 36) gebracht, empörte sie sich in der britischen Zeitung «The Daily Telegraph».

Was die Welt nun dringend brauche, sei eine fundamentale ökologische und soziale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Deshalb müssten die Milliarden zur Rettung von Unternehmen und Ankurbelung von

Volkswirtschaften konsequent an den 17 UN-Nachhaltigkeitszielen sowie dem 1.5-Grad-Celsius-Ziel des Klimavertrags von Paris ausgerichtet werden. Nur so könnten die schlimmsten Folgen von Umweltzerstörung, Artenverlust sowie die Klimakrise noch eingedämmt und weitere Pandemien verhindert werden.

Gerettete Flugindustrie, vernachlässigtes Klima

Als im Frühjahr 2020 die Lockdowns begannen, blieben praktisch über Nacht tausende von Flugzeugen am Boden. Um drohende Konkurse abzuwenden, unterstützten Staaten ihre Airlines kurzfristig mit mehr als 85 Milliarden US Dollar. Auch in der Schweiz beantragte der Bundesrat im April 2020 beim Parlament einen Notkredit von 1.9 Milliarden Franken für die Fluggesellschaften «Swiss» und «Edelweiss» sowie für flugnahe Betriebe.

In einem offenen Brief forderten daraufhin 50 Organisationen, darunter der WWF, die Grünen Schweiz, der Klimastreik und der VCS, dass der Notkredit an Umweltauflagen gekoppelt werde. Die Anzahl Flüge müsse reduziert werden, und Kerosin solle genauso wie andere Treibstoffe besteuert und dadurch

das Fliegen verteuert werden. Da 80 Prozent der aus der Schweiz angeflogenen Destinationen sowieso in Europa liegen, so die Initiatorinnen, könne ein Grossteil der Flüge auf die Bahn verlagert werden. Sie setzten damit Inger Andersens Aufruf zur ökologischen Transformation der Wirtschaft in konkrete Forderungen um.

Doch anders als etwa in Frankreich und Österreich hatten solche Anliegen im Schweizer Parlament keine Chance. Am 5. Mai 2020 stimmte der Ständerat dem Kredit mit 30 zu 5 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) zu. Ein Antrag der Grünen für die Kopplung des Kredits an Umweltauflagen wurde deutlich abgelehnt. Lisa Mazzone, Ständerätin der Grünen in Genf und Mitinitiatorin des Aufrufs, erinnert sich, dass die Sorge um die Umwelt damals unter den Parlamentariern keine Priorität hatte. «Wir haben eine grosse Chance verpasst», sagt die 33-Jährige. «Mit dem Hilfspaket hätten wir Anreize schaffen können, damit die Flugindustrie die Ziele des Pariser Klimavertrags endlich ernst nimmt.»

Stefan Engler, CVP-Ständerat und Leiter der Verkehrskommission, die sich damals im Parlament für den Kredit stark machte, sieht dies anders. Die politische Dringlichkeit und der Zeitdruck seien

Erneuerbare Energieträger wie das solarthermische Parabolrinnenkraftwerk Ain Beni Mathar in Marokko sind unbestritten zukunftsträchtig. Trotzdem unterstützen die meisten Staaten mit ihren Covid-19-Stimuluspaketen vorwiegend fossile Energieträger.

© Paul Langrock/Zenit/aiift

zu hoch gewesen, um über Umweltauflagen zu diskutieren. «Absolut vorrangig war dem Parlament der Erhalt von Arbeitsplätzen», sagt er und fügt an: «Die Verkehrskommission ist nicht für die Klimapolitik zuständig; die wird woanders gemacht.»

Geförderte Energieträger

Die Episode aus dem Bundeshaus steht für einen globalen Trend: Die meisten Covid-19-Stimuluspakete bezwecken den Erhalt bestehender Strukturen. Im Transport- und Energiesektor ist dies besonders offensichtlich. Gestützt auf Daten der Weltbank hat Bloomberg berechnet, dass von den 12 Billionen (12000 Milliarden!) US Dollar, welche die Regierungen der 50 grössten Volkswirtschaften im Rahmen der Bewältigung der Pandemie gesprochen haben, lediglich 0.2 Prozent direkt an Massnahmen zur Eindämmung der Klimakrise gekoppelt sind.

Bis Anfang Februar 2021 hatten 13 europäische Staaten, darunter Deutschland, England und Frankreich, über 140 Milliarden US Dollar Unterstützung für fossile Energieträger zugesagt, während auf erneuerbare Energien lediglich 114 Milliarden entfielen. Dies zeigt eine Auswertung von energypolicytracker.org, einem Zusammenschluss von Forschungsinstituten und NGOs, der die Covid-19-Stimuluspakete in Hinblick auf geförderte Energieträger minutiös dokumentiert. Besonders irritierend: Über fünf Milliarden US Dollar sollen zur Förderung von Kohle investiert werden. Und dies, obschon sich Fachleute einig sind, dass Kohle nicht nur der schmutzigste unter den gängigen fossilen Energieträgern ist, sondern Strom daraus mittlerweile auch teurer ist als solcher aus Sonne, Wind oder Wasser.

UN-Generalsekretär António Guterres kritisierte bereits im November auf Twitter, dass die G20-Staaten 50 Prozent mehr Unterstützung für fossile Energien zugesagt hätten als für erneuerbare. Am diesjährigen virtuellen WEF

forderte er deshalb die versammelte Geschäftselite dazu auf, die «Regierungen unter Druck zu setzen, das richtige zu tun».

In Strukturen investieren

Lucas Bretschger, Professor für Ressourcenökonomie an der ETH Zürich und Experte für Klimapolitik, erkennt einen grundsätzlichen Interessenkonflikt: Während das Überleben von Unternehmen für die Politik eine kurzfristige Priorität darstelle, seien die Klimaziele langfristig angelegt. Er findet es jedoch sowohl wirtschaftlich als auch politisch unsinnig, in Strukturen zu investieren, die mittel- bis langfristig sowieso transformiert werden. «In spätestens dreissig Jahren müssen wir uns vollständig vom Erdöl verabschiedet haben», sagt er. «Bis dann muss auch die Schweiz klimaneutral sein, wenn die Schweiz ihre Klimaziele erreichen will.» Insofern hätten Politiker von der Fluggesellschaft durchaus einen detaillierten Plan verlangen dürfen, wie sie das Ziel von Netto-Null CO₂-Emissionen bis spätestens 2050 zu erreichen gedenke. Das Argument, dass die Dringlichkeit keine klimapolitischen Auflagen zugelassen hätte, findet er fadenscheinig: «Wir müssen es uns unbedingt leisten, langfristig tragfähige Lösungen zu erarbeiten.»

Die beiden Ökonomieprofessoren Nicholas Stern und Joseph Stiglitz haben kürzlich 200 der renommiertesten Ökonomen und Ökonomeninnen danach befragt, welche Art von Investitionspolitik aus volkswirtschaftlicher Perspektive in der aktuellen Krisensituation am sinnvollsten sei. Eine klimafreundliche grüne Wirtschaftspolitik mit Investitionen in erneuerbare Energien erachteten sie als vielversprechendste Option.

Und die Ökonomin Heidi Garrett-Peltier berechnete kürzlich, dass mit jeder Million, die in erneuerbare Energien investiert wird, 7.5 Vollzeitstellen geschaffen werden; verglichen mit 2.7 Stellen bei Investitionen in fossile Energien. Inso-

fern spricht vieles dafür, dass die von UNEP-Direktorin Inger Andersen geforderte Abkehr von der «Normalität» nicht nur für das langfristige Überleben der Menschheit entscheidend ist, sondern genauso für die mittelfristige Sicherung von Arbeitsplätzen und den daran hängenden Einkommen. ■

PANDEMIE GEFÄHRDET AGENDA 2030

2015 bekannten sich 193 Staaten zu den 17 UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs), die bis 2030 erreicht werden sollen. In einem Zwischenbericht ziehen UN-Experten ein ernüchterndes Fazit: Positive Trends sind durch Covid-19 zunichte gemacht worden. 71 Millionen Menschen drohen in extreme Armut abzurutschen, womit erstmals seit 1998 wieder ein Anstieg der globalen Armut verzeichnet würde. Während der Covid-19-Krise haben 70 Staaten Impfprogramme für Kinder und andere Gesundheitsdienstleistungen sistiert. Die Ernährungssicherheit hat durch Disruption von Lieferketten besonders bei den Ärmsten abgenommen. 2,2 Milliarden Menschen haben nach wie vor keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, was besonders während einer Pandemie verheerend ist. Laut Welternährungsprogramm sind 270 Millionen Menschen akut von Hunger bedroht - doppelt so viele wie noch vor der Pandemie. 90 Prozent der Kinder weltweit waren von Schulschliessungen betroffen, wobei ärmere Haushalte nicht auf Online-Unterricht umstellen konnten und 370 Millionen Kindern eine gesicherte Mahlzeit verloren ging. UN-Generalsekretär António Guterres betonte, dass sämtliche Massnahmen gegen die Pandemie an das Ziel einer gerechteren, inklusiveren und nachhaltigeren Gesellschaft gekoppelt werden müssten.

Carte blanche

«ICH VERWANDELTE DAS PECH IN EINE CHANCE, FREI ZU SEIN.»

Am 14. Februar 2021 heiratete ich den Mann, den ich liebe. Ich bin 36 Jahre alt. Viele kambodschanische Eltern, vor allem in der Provinz, wären schockiert. Die meisten Kambodschaner und Kambodschanerinnen halten sich noch an jahrhundertealte Normen und Traditionen, die den Frauen das Leben schwer machen. Vor allem jenen, die eine berufliche Karriere anstreben.

Kambodscha ist kein Einzelfall. In vielen Ländern werden Frauen täglich unter Druck gesetzt, sich den gesell-

schaftlichen Normen anzupassen. Und Familien verstärken diesen Druck, denn ständig fragen Eltern, Brüder und Schwestern: «Wann heiratest du?»

Dieser Druck wurde unerträglich. Mit 28 beschloss ich auszuweichen. Als Kind war ich gerne bei meinen Onkeln und Tanten, jetzt vermied ich diese Besuche. Wie viele kambodschanische Eltern haben meine Mutter und mein Vater traditionelle Vorstellungen davon, welche Prioritäten im Leben gesetzt werden sollen. Ihre Ansichten wurden durch das ländliche Kambodscha geprägt. Daran änderte auch der Umzug nach Phnom Penh in den 1990er-Jahren nicht viel. Die Doppelmoral ist gang und gäbe. Meine Brüder durften als Teenager ihre Liebesabenteuer ausleben. Ich dagegen wurde von meinem Vater vor dem anderen Geschlecht gewarnt. «Wenn ich sehe, dass du mit Jungen herumhängst, komme ich dich holen, egal wo ihr seid.» Diesen Satz werde ich nie vergessen. Mein Glück war, dass ich mich sowieso nur für die Schule interessierte, Romanzen waren kein Thema. Aber ich kollidierte mit den Werten meiner Eltern, als ich versuchte, mir eine Karriere aufzubauen.

Meine Eltern konnten nicht verstehen, warum ich so gerne arbeitete. Als ich erwachsen war, stellten mir meine Mutter, meine Schwester und mein Bruder potenzielle Ehepartner vor. Ich wollte das nicht, lenkte ab, erfand Ausreden, um sie nicht sehen zu müssen. Doch die arrangierten Treffen gingen weiter, obwohl ich als Reporterin erfolgreich war. Ein gebrochener Arm erwies sich dann als Glück, denn dadurch willigten meine Eltern ein, dass ich zu einer Freundin ziehen durfte, die in der Nähe meines Büros wohnte. So verwandelte ich das Pech in eine Chance, frei zu sein.

Ich bin nie mehr zu meinen Eltern zurückgezogen. Sie versuchten weiterhin, mich zu verkuppeln, doch ich wurde immer unabhängiger und schliesslich gaben sie auf. An einem Wochenende, ich kam von einer langen Reportage zurück, besuchte ich meine Eltern. Meine Mutter war verärgert und weinte. Ich fragte sie nach dem Grund und sie antwortete, ich sei zu dünn und ich hätte kein Interesse an einer Familie. Meine Zukunft sei mir egal und einen Mann zu haben auch. «Wenn du keinen Ehemann willst, suche dir doch wenigstens einen Freund.» Ich war geschockt – diese Aussage widersprach allem, was meine traditionelle Mutter je gesagt hatte. Ich beruhigte sie mit den Worten, dass ich eines Tages schon einen Mann nach Hause bringen würde (was den Druck auf mich selbst erhöhte). Nach einem missglückten Dating-Versuch und einer Fernbeziehung war ich eigentlich bereit, den Rest meines Lebens Single zu bleiben. Meiner Schwester konnte ich das sagen, meinen Eltern niemals.

Zum Glück lernte ich 2015 meinen Mann kennen. Ab 2016 waren wir zusammen, 2019 verlobten wir uns. Meine Mutter fragte immer wieder, wann wir denn heiraten würden. Auch dieses Mal konnte ich sie beruhigen. Normalerweise spielen Eltern in Kambodscha eine grosse Rolle, wenn es um die Heirat ihrer Kinder geht. Sie organisieren das Fest, Hunderte von Gästen werden eingeladen. Ich aber wollte nur ein kleines Fest. Covid-19 half mir, meine Eltern zu überzeugen. Die Hochzeitsfeier fand im kleinen Kreis statt, nur mit unseren engsten Freunden und Verwandten und dauerte bis zwei Uhr morgens. Meine Eltern freuten sich fast mehr als ich. «Ich bin sehr glücklich», sagte meine Mutter, bevor sie ging. «Ich dachte, du heiratest nie.» ■



BOPHA PPHORN ist eine freie Reporterin aus Phnom Penh. Sechs Jahre arbeitete sie für die englischsprachige Tageszeitung «The Cambodia Daily», während drei Jahren unterrichtete sie Journalismus an einer Universität in Phnom Penh. Bopha Phorn absolvierte ein Praktikum bei der Nachrichtenagentur Associated Press (AP) in New York und arbeitete für den US-Fernsehsender ABC. Sie schrieb für «Voice of America», «Al Jazeera», das International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) und die «Nikkei Asian Review». Für ihre Reportage über illegale Abholzung erhielt Bopha Phorn 2013 den «Courage in Journalism Award» der International Women's Media Foundation (IWMF).



Eldos Fazibekov

MIT POP-ART GEGEN DEN COVID-19-BLUES

In der usbekischen Hauptstadt Taschkent kämpft eine Galerie während der Pandemie dafür, dass freie Kunstschaffende weiterarbeiten können. Ihre Mittel dazu: Das Internet, Plakat-Aktionen im öffentlichen Raum und eine Residenz für junge Kreative.

Text: Samuel Schlaefli

Die «Bonum Factum Gallery» liegt in einem alten Luftschutzkeller im Zentrum der usbekischen Hauptstadt Taschkent. Shakhnoza Karimbabaeva hat sie vor zehn Jahren gegründet. Sie sagt: «Heute sind wir die einzigen, die sich konsequent für junge, zeitgenössische Künstlerinnen und Künstler einsetzen und diese dabei unterstützen, ihre eigenen künstlerischen Ideen umzusetzen und sich im Kunstmarkt

zu etablieren.» Als die Galerie im März aufgrund des ersten Lockdowns ihre Tore schliessen musste, bangten die mit ihr affilierten Kunstschaffenden ums Überleben. Sie konnten keine Werke mehr ausstellen und verkaufen; ihr Einkommen brach weg.

«Kulturschaffende müssen spielen, performen und malen können, um gesund zu bleiben und zu überleben»,

sagt Makhbuba Saidakhmedova, Programmverantwortliche für Kultur in der Entwicklungsabteilung der Schweizerischen Botschaft in Taschkent. Sie ist für die Umsetzung des Zentralasiatischen Kunst- und Kulturprogramms CAACP (siehe Randspalte Seite 40) in Usbekistan verantwortlich. «Wir wollten unbedingt sicherstellen, dass die freie Kulturszene trotz Pandemie weiterarbeiten kann.» Die Bonum Factum

Gallery gehört seit Beginn des Schweizer Engagements zu den wichtigsten Partnern des CAACP, weil sie sich zu einem Knotenpunkt der freien Szene in Usbekistan entwickelt hat.

Offensiv gegen die Isolation

Als Karimbabaeva und ihr Team ihre Galerie aufgrund der Pandemie vorübergehend schliessen mussten, gingen sie in die Offensive: Im Rahmen des Projekts «Pop Art. Isolation 2020» forderten sie junge Kunstschaffende dazu auf, mit grafischen Arbeiten auf die aktuelle pandemiebedingte Isolation zu reagieren. Pop-Art sei in Usbekistan noch ein relativ neues Phänomen, erzählt Karimbabaeva. «Aber seit auch hier immer mehr Supermärkte öffnen

und viel mehr unterschiedliche Marken zu finden sind, ist das Interesse für die künstlerische Auseinandersetzung mit Konsumkultur und Werbung bei jungen Künstlerinnen und Künstlern stark gewachsen.»

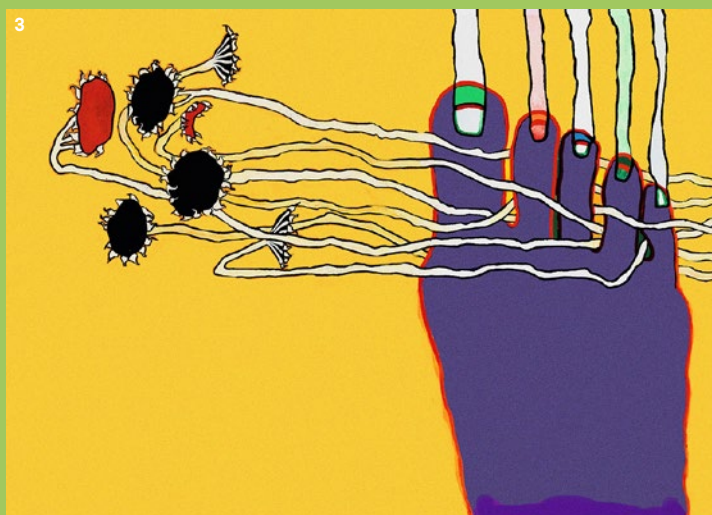
Die rund 50 ausgewählten Werke beschäftigen sich mit Konsum, Umweltzerstörung, Geschlechterfragen und Freiheit. Als grossflächige Poster gedruckt, wurden sie an 30 verschiedenen Orten in Taschkent auf Werbetafeln geklebt und im öffentlichen Raum «ausgestellt». Die Galerie wurde kurzerhand in die Stadt verlegt. Entlang eines Parcours konnten Interessierte die Werke mit einer Karte entdecken. «Kunst an Plakatwänden ist in Usbekistan noch etwas komplett Neues», erzählt die Galerie-Gründerin. «Viele riefen uns

während des Parcours an und fragten, wo sie den Ausstellungsraum finden, in dem die Plakate aufgehängt sind.»

Zusätzlich zu den Postern wurden die Bilder im öffentlichen Verkehr präsentiert, auf einer eigenen Webseite publiziert und über soziale Medien in Umlauf gebracht. Aktuell werden T-Shirts, Kaffeetassen und Ecobags mit den Pop-Art-Sujets bedruckt. Diese sollen bald über einen Webshop der Galerie verkauft werden.

Ein Hort zum Weiterarbeiten

Die meisten usbekischen Kulturschaffenden haben neben ihrer Künstlerkarriere noch einen oder mehrere Brotjobs. Als der erste Lockdown ausgerufen



Eldos Fazibekov (1+4)
Amaliya Aibusheva (2)
Zilola Kakhramonova (3)

wurde, verloren sie nicht nur die Möglichkeit, ihre Werke auszustellen und zu verkaufen, sondern auch ihre anderen Verdienstmöglichkeiten. In Bukhara, 600 Kilometer von der Hauptstadt entfernt, suchten die Eigentümer eines prächtigen, historisches Holzhauses, das vor der Pandemie als Hotel und Restaurant für internationale Gäste gedient hatte, nach einer Umnutzung.

Mit Unterstützung der DEZA schuf das Galerie-Team im August in kürzester Zeit ein «Artist in Residence»-Programm. Seither konnten dort 60 junge Künstler und Künstlerinnen an ihren Werken weiterarbeiten und den Aus-

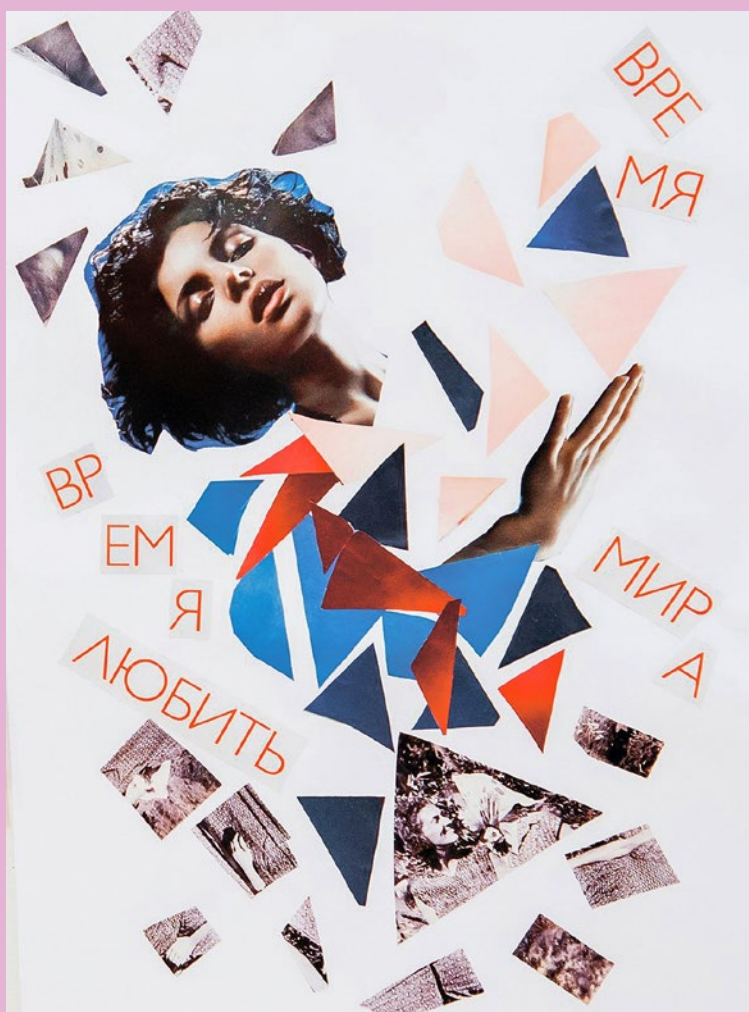
tausch untereinander pflegen. Und dies in einer historischen Stadt an der Seidenstrasse, wo sich einst Orient und Okzident zum Handel und Ideenaustausch trafen und deren gut erhaltenes Zentrum seit 1993 Teil des Unesco-Weltkulturerbes ist. «Die meisten waren selbst noch nie in Bukhara und lernten über die Residenz auch ein Stück Geschichte und Kultur ihrer eigenen Heimat kennen», erzählt Karimbabaeva. Zwei Ausstellungen und eine Performance haben die Teilnehmenden seither selbst auf die Beine gestellt.

Für das laufende Jahr planen Karimbabaeva und die DEZA-Programmverantwortliche Saidakhmedova eine Ausstellung junger usbekischer Kunstschaffenden gemeinsam mit dem Schweizer Videokünstler und Fotografen Hanspeter Ammann. Im Zentrum solcher Begegnungen mit erfahrenen

Kunstschaffenden steht immer auch die Frage: Wie etabliert man sich als Künstler und Künstlerin in der internationalen Kunstszene? Weiter organisiert die Galerie eine künstlerische Expedition nach Gilan, einem über 2000 Meter hoch gelegenen Dorf an der gebirgigen Grenze zu Tadschikistan. Künstler werden dort vor Ort mit den Bewohnerinnen zusammenarbeiten und anschliessend mit Texten, Malerei, Fotografie und Film Geschichten über deren Leben erzählen. «Wir wollen junge Künstler auch dazu anspornen, nach ihren eigenen Wurzeln zu suchen», sagt Karimbabaeva. Nur wer wisse, woher er oder sie komme, könne am Ende auch seinen Platz in der internationalen Kunstszene finden, ist sie überzeugt. ■

Sämtliche Bilder des Projekts «Pop Art. Isolation 2020» sind zugänglich unter: www.pop-art.uz

Akramova Seviliya



ZENTRALASIATISCHES KUNST- UND KULTURPROGRAMM

Seit 1998 unterstützt die Schweiz das Kulturschaffen in Zentralasien. 2007 initiierten die DEZA-Kooperationsbüros in Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan das Central Asia Art & Culture Programme (CAACP). Das Programm zielt darauf ab, mehr Freiraum für Künstlerinnen zu schaffen, damit diese aktiv zum demokratischen Wandel in ihren Gesellschaften beitragen können. Kunst dient dabei auch als Medium, um lokalen und regionalen Konflikten vorzubeugen. Gefördert werden Kulturzentren wie die «Bonum Factum Gallery» (siehe Haupttext), Theater, Museen, Kunstschulen und einzelne Kunstschaffende. Zwischen 2016 und 2019 wurden in Zentralasien 138 Kulturveranstaltungen ermöglicht und über 10 000 Personen in Kunst und Kultur weitergebildet.

BÜCHER

MUTIGES MÄDCHEN



(bf) Das Mädchen Tinatin wird von allen einfach Tina gerufen. Sie lebt mit ihren Eltern in einem Holzhaus in der Nähe eines Bambuswaldes. Eines Tages nimmt Tina all ihren Mut zusammen und begibt sich zusammen mit ihrem Hund Poppy in den Wald. Dort hören die beiden bald schon ein wunderliches Pfeifen und Tina findet geheimnisvolle Zeichen. Tina und Poppy folgen der rätselhaften Spur, die schliesslich zu einem Baumhaus führt. Und dort wartet eine Überraschung auf Tina. Die georgische Illustratorin Tatia Nadareischwili aus Tiflis zeigt in ihrem neuen Buch ihren eigenständigen, poetischen Stil. Ihre Illustrationen verbinden klare Formen, filigrane Muster und kräftige Farbakzente vor zarten Hintergründen. Herausgekommen ist ein einnehmend schönes Buch mit einer geheimnisvollen Geschichte über Mut, Neugier und Freundschaft.

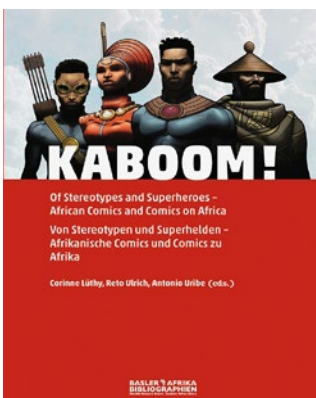
«Tina hat Mut» von Tatia Nadareischwili, Baobab Book, Basel 2020

KOMMERZIALISIERTE HOFFNUNG

(zs) In Nigeria ist Hoffnung käuflich. Vor schwierige Lebensbedingungen gestellt, vertrauen die Einwohnerinnen und Einwohner der nigerianischen Metropole Lagos auf Lotterien und Kirchen. Beide Institutionen lassen auf eine bessere Zukunft hoffen, wenn die Zeichen überall sonst auf Sturm zu stehen scheinen. Der 2019 mit dem Taurus-Preis für visuelle Kunst ausgezeichnete nigerianische Fotograf Anthony Ayodele Obayomi geht mit seinen Aufnahmen dem Hoffungskommerz dieser Organisationen nach. Struktur, gesellschaftliche Auswirkungen und psychologische Funktionen der beiden ähneln sich. Premier Lotto - bekannt als «Baba Ijebu» - ist Nigerias grösste Lotteriegesellschaft. Ihre 200 Agenten mit insgesamt 16 000 Verkäufern ziehen von Lagos Mainland aus die Fäden. Parallel dazu sind laut «Forbes» vier der zehnten reichsten Priester der Welt aus Lagos. Die Ausstellung «Give Us This Day» setzt sich mit beiden Praktiken auseinander und ist im Photoforum Pasquart in Biel zu sehen. «Give Us This Day» von Anthony Ayodele Obayomi, Photoforum Pasquart Biel, 3. Juli bis 29. August 2021

AUSSTELLUNGEN

AFRIKANISCHE COMICS



(bf) Die Zeiten sind zum Glück vorbei, als der afrikanische Kontinent und seine Menschen in Comics durch kolonialistisch geprägte und stereotype Bilder dargestellt wurden. Besonders ältere Comics wie Tim und Struppi, Micky Maus oder Globi haben

das Bild des «wilden» Kontinents und seiner ebensolchen Bewohner aufgegriffen, aber auch modernere Superheldencomics spiegeln den westlichen Blick auf Afrika. Und wie sieht eigentlich der genuin afrikanische Comic aus? Die Basler Afrika Bibliographien geben mit ihrer Online-Ausstellung und dem Buch «Kaboom!» einen ebenso informativen wie einzigartigen Einblick in die Welt der afrikanischen Comics. Die Online-Ausstellung führt die Besucherinnen und Besucher durch sechs virtuelle Ausstellungssäle: Darstellungen Afrikas, Comics mit Bildungsanspruch, Afrikanischer Alltag, Politik und Propaganda, Afrikanische Superhelden und Afrikanischer Untergrund. «Kaboom!», Online-Ausstellung <https://baslerafrika.ch/kaboom/>; Buch «Kaboom! Von Stereotypen und Superhelden - Afrikanische Comics und Comics zu Afrika», von Corinne Lüthy, Reto Ulrich, Antonio Uribe; in Englisch und Deutsch. Verlag BAB Verlag, 2020

ICH LEBE



(bf) 426 Millionen Kinder wachsen aktuell in Kriegsgebieten auf. Anlässlich ihres 100-Jahr-Jubiläums stellt «Save the Children», die grösste unabhängige Kinderrechtsorganisation der Welt, zusammen mit dem Schweizer Fotojournalisten Dominic Nahr elf Kinder vor, welche Kriege überlebt haben. Vom rüstigen Überlebenden des Ersten Weltkriegs zu einem neugeborenen Rohingya-Mädchen versammelt der Band elf eindruckliche Reportagen. Darin erzählen die Porträtierten über ihre Kindheit im Krieg, ihr Schicksal,

den Kriegsalltag, Flucht und Vertreibung, Heimatverlust, aber auch, wie sie allen Widrigkeiten zum Trotz Hoffnung und ihren eigenen Weg gefunden haben. Was die Bilder auch zeigen: Kinder haben trotz der schrecklichen Erlebnisse Zuversicht und Hoffnung auf eine bessere Zukunft. *«Ich lebe. Wie Kinder Kriege überleben»* von Save the Children (Hrsg.), Kerber Verlag 2021

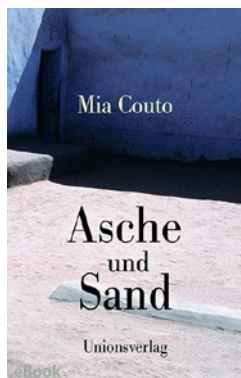
SOVERÄN, MUTIG, ZWINGEND



© Ivailo Hranov

(bf) Der junge bulgarische Autor Angel Igov verwebt in seinem Roman *«Die Sanftmütigen»* dokumentarisch die Geschichte seines Landes in den 1940er-Jahren mit literarischer Erfindungskraft in eine dichte Erzählung von Einzelnem und Gesellschaft, von privatem und kollektivem Schicksal. Nach seinem Erscheinen war das schmale Buch in Bulgarien eine kleine Sensation. Aus historischen Quellen baut Igov eine schlüssige Fiktion des «kleinen Mannes», dem die Stunde schlägt. Vergangenes Jahr wurde das Buch übersetzt und erhielt in Deutschland prompt den Internationalen Literaturpreis 2020, welcher jährlich herausragende Werke internationaler Gegenwartsliteratur auszeichnet. «Ein verstörender und doch auch zutiefst befriedigender Roman», so die Jury, «soverän, mutig, zwingend... Ein Buch, das schon jetzt zur Weltliteratur gehört.» *«Die Sanftmütigen»* von Angel Igov, eta Verlag 2020

HEIRATEN UM ZU MORDEN



(bf) Der in Maputo lebende mosambikanische Schriftsteller Mia Couto gehört seit langem zu den herausragenden

Autoren des portugiesischsprachigen Afrika. In seinem neusten Roman *«Asche und Sand»* lässt er sprachgewaltig ein einschneidendes Kapitel der mosambikanischen Geschichte und portugiesischen Kolonialzeit wiederauferstehen, nämlich die letzten Tage des sogenannten Gaza-Reichs Ende des 19. Jahrhunderts. Die junge Imani kümmert sich aufopfernd um ihren Geliebten Germano, der sich schwer verkehrt in ein abgelegenes Dorf am Flussufer gerettet hat. Währenddessen tobt der Krieg zwischen der portugiesischen Krone und dem mosambikanischen Herrscher Ngungunyane immer erbarmungsloser: Die schwer bewaffneten, aber entmutigten Portugiesen, die weder die Sprache noch das Land verstehen, auf der einen Seite und das riesige Heer des Ngungunyane, der selbst einen Krieg gegen das eigene Volk führt, auf der anderen. Schliesslich fasst Imanis Vater einen verzweifelden Entschluss: Er will Imani dem Herrscher zur Frau anbieten – damit sie ihn tötet. *«Asche und Sand»* von Mia Couto, Unionsverlag Zürich, 2021

FILME

SCHUHE STATT SCHULE



(cd) Der Dokumentarfilm *«Ridoy»* zeigt bildstark das Dilemma auf, in dem arbeitende Kinder und deren Familien in Bangladesch stecken. Um seine Familie zu unterstützen, arbeitet der 12-jährige Ridoy seit zwei Jahren in einer der vielen Lederfabriken in Dhaka. Es ist eine schwere Arbeit in einer extrem verunreinigten Umgebung, die seine Gesundheit gefährdet. Wie die meisten seiner Kameraden geht Ridoy nicht zur Schule. Er hat weder die Zeit noch das Geld für eine Ausbildung. Täglich wäscht und trägt er behandelte Tierhäute, die in die ganze Welt exportiert werden, damit daraus Taschen, Kleider und Fussballschuhe entstehen. Eine humanitäre Organisation bietet ihm an, an Workshops teilzunehmen, die sie für Kinderarbeiter für eine Stunde pro Tag organisieren. Durch das Erlernen von Buchstaben und Zahlen, durch Schreiben und Mathematik beginnt Ridoy, von einer anderen Zukunft zu träumen.

«Ridoy», Dokumentarfilm von Irja von Bernstorff, Deutschland und Bangladesch, 2017; der Film steht online per Video on Demand (VOD) zur Verfügung inkl. didaktischem Begleitmaterial: <https://catalogue.education21.ch/de/ridoy>

INKOGNITO IN FEZ

(wr) Der Solothurner Kunstmaler Frank Buchser wurde 1866 in die USA geschickt, um ein grosses Gemälde der «Helden des Bürgerkriegs» für den künftigen Nationalratssaal in Bern zu malen. Anfänglich porträtierte Buchser Politiker und Generäle im Sinn seiner Auftraggeber. Mehr und mehr interessierte er sich aber für die in die Reserven vertriebenen Indianer und die Lebensbedingungen der eben befreiten Sklaven. Jahre früher, fasziniert von der maurischen Kultur, ritt der Solothurner als türkischer Scheich verkleidet in die für Christen bei Todesstrafe verbotene marokkanische Stadt Fez. Der Filmemacher Bruno Moll erzählt in *«The Song of Mary Blane»* die beiden abenteuerlichen Reisen des aufmüpfigen und streitbaren Künstlers. Die Filmerzählung beginnt mit Filmdokumenten der Ausschreitungen im August 2017 in Charlottesville und den von Frank Buchser gemachten Tagebucheintragen im Jahre 1869, als General Lee ihm für das Porträt Modell stand. *«The Song of Mary Blane»* von Bruno Moll; im Streaming auf filmingo.ch

MUSIK

VIELVERSPRECHENDES DEBÜT



(er) Es ist aussergewöhnlich, dass im ländlich und von Armut geprägten Norden des Benin sieben 10- bis 17-jährige Mädchen motiviert und enthusiastisch E-Gitarre, Keyboards, E-Bass, Drums und traditionelle Perkussion spielen – gemäss der westafrikanischen Tradition dürfen Frauen hier nur singen und tanzen, aber keine Instrumente spielen. Vor fünf Jahren rief André Baluegemon, Musiker und Direktor einer Musikschule in der Kleinstadt Natitingou, via Radiostation zu einem Musik-Workshop auf. Nach vielen Sessions bildet sich eine Girlgroup, die sich selbstbewusst Star Feminine Band nennt.

Mit einer CD präsentiert sie nun frech, frisch und ungeschliffen einen bunten, quirligen und tanzbaren Musikmix von Garage Rock, kongolischem Rumba, beninischen Sato-Vodun-Rhythmen und starkem Chorgesang. Die Songs haben trotz kindlicher Fröhlichkeit klare erwachsene Aussagen: Die Mädchen erarbeiteten Texte in Benins Sprachen und Dialekten sowie in Französisch zu Emanzipation, Freiheit, Selbstbestimmung und gegen weibliche Genitalverstümmelung sowie Zwangsheirat. Fazit: vielversprechendes Debüt. *Star Feminine Band: «Star Feminine Band» (Born Bad Records/Cargo)*

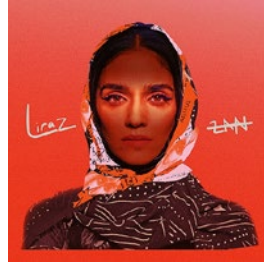
LUFTIG-FILIGRANER DIALOG



(er) Seit drei Jahrzehnten kennen sich die beiden Kniegeiger: der 1973 in Istanbul geborene Türke Derya Turkan und der 1974 in Athen geborene Grieche Sokratis Sinopoulos. Virtuosen bringen sie die türkische, birnenförmige dreisaitige Klasis Kemençe und die eigentlich identische griechische Politiki Lyra in einer belgischen Kirche zum Klingen. Mit den acht Tracks ihres dritten Albums begeben sich die beiden Koryphäen auf eine imaginäre Reise durch eine Reihe von Orten wie «Istanbul», «Izmir» oder «Cyclades», um im Duett gemeinsame musikalische Facetten wie Sufi und Rembetiko zu ergründen und zusammenzuführen. Ruhig dahingleitend, bisweilen sanft pochend, umschmeicheln und verweben sich dabei die warmen und lichten Klangspuren ihrer Instrumente. Die Musiker improvisieren u. a. um bestehende Melodien von traditionellen Liebes- und Tanzliedern

oder Derwischzeremonien. Entstanden sind, wie es der CD-Titel verspricht, faszinierende Soundplaces, intensiv und auch mal ein bisschen elegisch, aber immer im luftig-filigranen Dialog. *Derya Turkan & Sokratis Sinopoulos: «Soundplaces» (Seyir Muzik/Galileo Music)*

EINDRÜCKLICHES HÖRERLEBNIS



(er) Sie realisierte ein gewagtes Projekt: Die israelische Sängerin und Schauspielerin Liraz Chahri hat ihr zweites Album *Zan* (deutsch: Frau) nicht nur mit ihrer jüdischen Band, sondern heimlich und virtuell auch mit anonym bleibenden Musikerinnen und Musikern aus dem Iran eingespielt. Diesen ist der Kontakt mit Israelis und der öffentliche Frauengesang gesetzlich verboten. Die 43-Jährige mit persischen Wurzeln kreiert so einen betörenden Elektro-Pop, mit Retro-Sounds aus Zeiten vor der iranischen 78er Revolution, pulsierenden Dance-Rhythmen, Gitarrensolf und Bassgroove, mit orientalischem Timbre des Streichersynthesizers und der dickbauchigen Baglama-Laute mit ihren drei Doppelsaiten. Sie singt mit ihrer glockenhellen, dann und wann mysteriös beschwörenden Stimme in Farsi für die Versöhnung von Israel und Iran, von Frauen und für die Freiheit der Frauen. Zu hören ist auch ein traditionelles Wiegenlied oder ein Sufi-Gedicht des islamischen Poeten Rumi (1207-1273) – alles in allem: ein wunderbar kraftvolles und eindrückliches Hörerlebnis!

Liraz: «Zan» (Glitterbeat Records/Indigo)

FERNSUCHT



Hybride, witzige Kultur

Die Walliser Rapperin KT Gorique baut Brücken von einer Kultur zur anderen und flieht deshalb afrikanische Ausdrücke in ihre Stücke ein. Ihr jüngstes Album trägt den Titel «Akwaba», «Willkommen» im ivorischen Baoulé-Dialekt.

Die ivorische Kultur ist ein Teil von mir. Bis ich elf war, lebte ich an der Elfenbeinküste und entdeckte dort meine Leidenschaft für die Musik. Einmal jährlich besuche ich dort normalerweise meine Verwandten. Ich fühle mich der Energie dieses Landes und seiner Lebensphilosophie verbunden: die Dinge immer von der positiven Seite zu betrachten. Wir sind aus gutem Grund hier auf der Erde: Mut zeigen, hart arbeiten, aber auch Spass und Freude haben. Ich versuche, zwischen den Kulturen Brücken zu bauen. Deshalb streue ich Nouchi- und Baoulé-Ausdrücke in meine Texte ein. Wie mein Französisch ist auch meine Musik hybrid und verbindet verschiedene Stile: Rap und Reggae, vor allem mit afrikanischen Instrumentierungen. Die ivorische Rap-Szene entstand Ende der 1990er Jahre. Nash attackierte als erste erfolgreiche Rapperin die Männer, die Frauen schwängern und sich dann aus dem Staub machen. Die aktuelle Generation, etwa mit Andy S, behält mit ihrer Vielsprachigkeit und ihren Nouchi-Ausdrücken ihre afrikanische Identität und produziert daraus modernen Rap. Die Hip-Hopper «Kiff No Beat» haben aus dem amerikanischen Dirty South und dem ivorischen Coupé Décalé den Dirty Décalé entwickelt. Mit total witzigen Texten! Unbedingt reinhören.

(Aufgezeichnet von Zélie Schaller)

IMPRESSUM

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache, online auch auf englisch.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Patricia Danzi (verantwortlich)
Georg Farago (Gesamtkoordination)
Beat Felber, Luana Nava, Marie-Noëlle Paccolat, Charlotte Stachel, Özgür Ünal

Redaktion

Beat Felber (bf – Produktion), Luca Beti (lb), Zélie Schaller (zs), Samuel Schläfli (sch), Christian Zeier (cz)

E-Mail: info.deza@eda.admin.ch

Gestaltung, Lithografie und Druck

Stämpfli AG, Bern

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht

Abonnemente und Adressänderungen

«Eine Welt» ist gratis (nur in der Schweiz) erhältlich bei: Kommunikation EDA, Bundeshaus West, 3003 Bern
E-Mail: deza@gewa.ch

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier und versendet ohne Verpackungsfolie.

Gesamtauflage: 47400

Titelseite: Geschätzte 13 Millionen Syrerinnen und Syrer befinden sich heute auf der Flucht. Hier eine Gruppe von ihnen bei der Ankunft im Bahnhof Wien im September 2015.
© Mads Nissen/Politiken/laif

ISSN 1661-1667

www.eine-welt.ch
www.deza.admin.ch

**«In Krisen wie in Syrien zeigt sich gleichzeitig
das Schlimmste und Beste der Menschheit:
Wir sehen brutale Angriffe auf Zivilisten, Folter
und Inhaftierungen, aber es gibt
auch das Heldentum der Helfenden.»**

Mark Cutts, Seite 16

**«Meine Cousine macht sich Sorgen um Saşa,
da ihm beim Ein- und Auschecken am Arbeitsplatz
die Fingerabdrücke gescannt werden.»**

Gheorghe Erizanu, Seite 25

**«Viele Haitianerinnen und Haitianer
fühlen sich von ihrer Regierung und der Welt
im Stich gelassen.»**

Fabrizio Poretti, Seite 27
